

Baumert, Jona-Frederik

Article — Published Version

Parteilpolitische Determinanten schulformenspezifischer Bildungsausgaben im Bundesländervergleich

Politische Vierteljahresschrift

Provided in Cooperation with:

Springer Nature

Suggested Citation: Baumert, Jona-Frederik (2024) : Parteilpolitische Determinanten schulformenspezifischer Bildungsausgaben im Bundesländervergleich, Politische Vierteljahresschrift, ISSN 1862-2860, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, Vol. 66, Iss. 4, pp. 751-783,
<https://doi.org/10.1007/s11615-024-00582-7>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/330890>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Parteipolitische Determinanten schulformenspezifischer Bildungsausgaben im Bundesländervergleich

Jona-Frederik Baumert 

Eingegangen: 9. Juli 2024 / Überarbeitet: 21. Oktober 2024 / Angenommen: 6. November 2024 / Online publiziert: 9. Dezember 2024
© The Author(s) 2024

Zusammenfassung Diese Studie untersucht, inwieweit die Höhe der Bildungsausgaben für bestimmte Schulformen parteipolitisch bedingt ist. Hierzu wird eine bayesianische Paneldatenanalyse auf Ebene der deutschen Bundesländer durchgeführt. Es findet sich Evidenz dafür, dass die parteipolitische Besetzung des Bildungsministeriums einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der schulformenspezifischen Bildungsausgaben liefert. Dabei sind sowohl klientelbedingte Interessen im Sinne der Parteiendifferenztheorie als auch ideologische Faktoren von Bedeutung. Parteien, deren Klientel einen vergleichsweise niedrigen sozioökonomischen Status aufweist, erhöhen die Ausgaben je Schülerin für alle Schulformen stärker als Parteien mit einer Klientel, die einen vergleichsweise hohen sozioökonomischen Status innehat. Am deutlichsten sind die Unterschiede im Fall der Grundschulen (ca. 430 € im Jahr), am geringsten im Fall der Gymnasien (ca. 180 € im Jahr). Steigen die Abiturquote und damit die Offenheit des Hochschulzugangs, erhöhen Parteien mit einer schwachen sozioökonomischen Klientel die Bildungsausgaben nochmals stärker. Hiervon ausgenommen sind Haupt- und Realschulen, für die das Gegenteil gilt. Dies lässt sich dadurch erklären, dass gesellschaftspolitisch linke Parteien eher als gesellschaftspolitisch rechte Parteien bereit sind, das dreigliedrige Schulsystem zugunsten eines zweigliedrigen auslaufen zu lassen. Die Ausgaben für das Gymnasium werden von der Interaktion zwischen Parteipolitik und Abiturquote nicht beeinflusst, was darauf hindeutet, dass ihre Existenz zwischen den Parteien unstrittig ist.

Schlüsselwörter Bildungspolitik · Bildungssystem · Parteiendifferenz · Ideologie · Bildungsministerium

✉ Jona-Frederik Baumert
Leibniz Universität Hannover, Hannover, Deutschland
E-Mail: j.baumert@ipw.uni-hannover.de

Partisan Determinants of School Type-Specific Education Expenditures: A Comparative Analysis of the German Länder

Abstract This study investigated the extent to which party politics influences the allocation of education spending across different school types at the level of the German states (*Länder*). Employing a Bayesian panel data analysis, the findings reveal that the party-political control of the Ministry of Education is decisive for the level of school-type-specific expenditures. Both clientele-related interests, as posited by the party difference theory, and ideological factors seem to play important roles. Parties representing constituencies with relatively low socioeconomic status tend to increase per-pupil expenditure across all school types more than parties representing higher socioeconomic status constituencies. This disparity is most pronounced in elementary schools (~ €430 per year) and least pronounced in *Gymnasiums* (~ €180 per year; *Gymnasiums* have the highest performance requirements of all secondary school types). As the *Abitur* (A-level) rate rises and access to higher education becomes more inclusive, parties with weaker socioeconomic constituencies further increase education spending, with the exception of *Hauptschule* and *Realschule* (which have the lowest and second highest secondary school performance requirements, respectively). This pattern suggests that sociopolitically left-leaning parties are more likely than their right-leaning counterparts to support a shift from a three-tier to a two-tier school system. In contrast, spending on *Gymnasiums* remains unaffected by the interaction between party politics and the *Abitur* rate. This indicates that its existence is largely uncontested across party lines.

Keywords Education policy · Educational system · Party difference · Ideology · Ministry of Education

1 Einleitung

Bildung ist das Fundament moderner Gesellschaften und der wichtigste Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Nahezu alle gesellschaftlichen Akteure und Parteien in Deutschland sind sich über den hohen Stellenwert von Bildung einig. Als typisches Valenzthema zeichnet sich Bildungspolitik dadurch aus, dass es nicht darum geht, ob man dafür oder dagegen ist, sondern allenfalls, wie häufig und nachdrücklich man darüber spricht. Nichtsdestotrotz stehen auch für die Ausgaben in den Bildungssektor keine unbegrenzten Mittel zur Verfügung. Dies gilt insbesondere für Deutschland, wo Bildung in den Aufgabenbereich der durch Schuldenbremse und beschränkter Einnahmeautonomie erheblich in ihrem finanziellen Spielraum eingeschränkten Länder fällt. Hinzu kommt, dass in Deutschland das Schulsystem im Gegensatz zu vielen anderen Staaten¹ mehrgliedrig ist. Beides sind Gründe dafür, dass trotz des

¹ Mehrgliedrige Schulsysteme existieren außerhalb des deutschsprachigen Raums u. a. in den Benelux-Staaten, einigen Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, Polen, Italien, Portugal, Irland und Mexiko. In der Regel erfolgt der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule jedoch zu einem späteren Zeitpunkt als in Deutschland.

Valenzcharakters der Bildungspolitik deutliche inhaltliche Differenzen zwischen den Parteien bestehen.

Auf internationaler Ebene existieren mehrere Studien, die untersuchen, inwieweit sich die Höhe der Bildungsausgaben auf parteipolitische Faktoren zurückführen lassen. Für Deutschland haben bisher lediglich Wolf (2007) und Kempkes (2009) eine quantitativ vergleichende Untersuchung auf Bundesländerebene durchgeführt. Während Wolf die Bildungsausgaben für allgemeinbildende Schulen nur im Aggregat betrachtet, beschränkt sich Kempkes auf das relative Verhältnis der Bildungsausgaben dreier Schulformen in westdeutschen Ländern. Eine Studie, die für alle Schulformen den absoluten Effekt in den Blick nimmt, existiert bisher nicht. Das Ziel dieses Artikels ist, jene Forschungslücke zu füllen. Zudem sollen die Ergebnisse von Wolf und Kempkes repliziert werden, da beide Studien zu einer Zeit erstellt wurden, in denen die verfügbaren Daten nur bedingt zwischen den Bundesländern vergleichbar waren. Konkret werden folgende drei Forschungsfragen untersucht: Welche Partei investiert absolut am meisten in eine bestimmte Schulform im Vergleich zu anderen Parteien? In welche Schulform investieren einzelne Parteien in Relation zu anderen Schulformen am stärksten? Welche Partei investiert insgesamt am meisten in schulische Bildung? Zur Beantwortung dieser Fragen wird eine bayesianische Panneldatenanalyse für den Zeitraum 2005–2021 auf Bundesländerebene durchgeführt. Im Sinne eines x-zentrierten Forschungsdesigns liegt der Studienfokus dabei auf den parteipolitischen Determinanten.

Die Vorgehensweise ist wie folgt: Zunächst wird ein Überblick über bestehende empirische Forschungsergebnisse gegeben. Daraufhin werden die in der Literatur verwendeten Theorien zum Ausgabeverhalten der Parteien vorgestellt und auf dieser Grundlage vier miteinander konkurrierende Hypothesen aufgestellt. Im fünften Abschnitt wird kurz auf die verwendete Datengrundlage eingegangen und die Methode erläutert. Anschließend erfolgt die Präsentation der Ergebnisse. Zuletzt werden mögliche Einschränkungen des Forschungsdesigns diskutiert und Potenziale für zukünftige Forschung aufgezeigt.

2 Empirische Forschungsergebnisse

Ziel dieses Abschnittes ist es, einen Überblick über bestehende Ergebnisse der empirischen Forschung zu den Determinanten von Bildungsausgaben zu geben. Zunächst werden international vergleichende Studien, daraufhin vergleichende Fallstudien innerhalb föderaler Staaten und schließlich Forschung mit Fokus auf Deutschland besprochen.

2.1 International vergleichende Bildungsausgabenforschung

Cameron and Hofferbert (1974) gehörten zu den ersten, welche staatliche Bildungsausgaben im Rahmen einer quantitativ vergleichenden Studie zu erklären versuchten. Sie finden zwar keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Föderalismus und der Höhe der Bildungsausgaben relativ zur Wirtschaftsleistung, stellen allerdings fest, dass Bildungsausgaben innerhalb von Bundesstaaten regional erheblich ungleicher

verteilt sind als in Zentralstaaten. Verner (1979) untersucht 102 Staaten daraufhin, ob sozioökonomische Faktoren (z.B. Bruttosozialprodukt, Energieverbrauch) oder institutionelle Charakteristika des politischen Systems (z.B. Föderalismus, Demokratielevel) stärker mit verschiedenen bildungspolitischen Outcomes (z.B. Studienquote, Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt) korrelieren. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass die Effekte der politischen Variablen gegenüber sozioökonomischen Einflüssen marginal sind. Laut Castles (1989, 1998) sind v. a. fünf Faktoren zur Erklärung von Bildungsausgaben relevant: Konvergenzentwicklungen infolge von Aufholeffekten, demografischer Nachfragedruck, Wirtschaftswachstum, Katholizismus und auch parteipolitische Einflüsse. In seiner Querschnittsanalyse, die die Bildungsausgaben von 18 Industriestaaten im Jahre 1981 berücksichtigt, zeigt sich, dass rechte Parteien im Fall einer Regierungsbeteiligung etwa 117 US-Dollar weniger pro Kopf für Bildung ausgeben als linke Parteien.

Eine ganze Reihe an Publikationen zum Thema „Bildungsausgaben im internationalen Vergleich“ brachte ein gleichnamiges Forschungsprojekt an der Universität Heidelberg unter der Leitung von Manfred Schmidt hervor (Schmidt 2002, 2004, 2008; Schmidt et al. 2006; Zohlnhöfer 2007). Ein Ziel des Projektes war es, zu erklären, weshalb sich die deutschen Bildungsausgaben nur im unteren Mittelfeld der Industriestaaten bewegten. Schmidt (2002) macht insgesamt neun Gründe für die relativ geringen deutschen Bildungsausgaben aus. Hierzu zählen eine überdurchschnittlich hohe private Bildungsausgabenquote sowie eine vergleichsweise geringe Anzahl an Studierenden. Zudem seien in Deutschland – wie auf internationaler Ebene – linke Regierungen deutlich generöser als rechte.

Busemeyer, ebenfalls Teil des Heidelberger Forschungsprojekts, versucht, die Ergebnisse Castles (1998) mit elaborierteren statistischen Verfahren zu replizieren (Busemeyer 2007). Hierbei stellt er fest, dass die meisten der von Castles ausgemachten Einflussfaktoren nicht gegenüber einem Wechsel des Modells robust sind. Stattdessen seien „the level of economic development, the share of the young population, the constitutional veto structure, the level of public social spending, and the degree of tax-revenue decentralization“ die Hauptdeterminanten von Bildungsausgaben (Busemeyer 2007, S. 604). Ein signifikant negativer Einfluss des Anteils konservativer Parteien an der Regierung habe nur in den 1980er-Jahren bestanden (Busemeyer 2009). An anderer Stelle benennt Busemeyer (2006) zudem eine Finanzierungskonkurrenz zu konsumtiven Sozialausgaben als weitere wesentliche Determinante öffentlicher Bildungsausgaben.

In jüngerer Zeit wurde vermehrt Kritik an der bisherigen Forschungspraxis geäußert. Garritzmann und Seng (2016) bemängeln unter anderem, dass die Zusammenfassung von Parteien nach Parteifamilien oder anhand ihrer Links-Rechts-Positionierung einen einheitlichen Standpunkt in Sachen Bildungspolitik voraussetze, ohne dass ein solcher in allen Fällen gegeben sei. Zudem argumentieren sie, dass aufgrund historischer Pfadabhängigkeiten sich der Spielraum für Parteien, die Bildungsausgaben signifikant zu verändern, zusehends verringere. Die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung trete daher in ihrer Bedeutung für die Erklärung von Bildungsausgaben hinter andere Faktoren zurück. Ebenso kritikwürdig sei, dass Bildungsausgaben bisher ausschließlich auf Jahresbasis gemessen werden. Dies würde die Fallzahl künstlich erhöhen, da Regierungen üblicherweise deutlich länger als

ein Jahr im Amt bleiben. In ihrer eigenen Analyse, welche einzelne Regierungen als Untersuchungseinheit verwendet, zeigen sich keine signifikanten parteipolitischen Einflüsse.

2.2 Fallstudien föderaler Staaten

Eine Möglichkeit, um die von Garritzmann und Seng (2016) genannten Schwächen bisheriger Forschung zu vermeiden, besteht darin, statt einen internationalen Vergleich durchzuführen, die Varianz innerhalb einzelner Länder zu untersuchen. Hierfür bieten sich insbesondere föderale Staaten an, in denen die Höhe der Bildungsausgaben von den Teilstaaten bestimmt wird. Durch einen intranationalen Vergleich lässt sich weitaus besser gewährleisten, dass die Parteien tatsächlich überall eine ähnliche Bildungspolitik verfolgen und dass vergleichbare institutionelle Rahmenbedingungen bestehen.

Die Bildungsausgaben der Schweiz wurden erstmals von Nikolai (ebenfalls Teil des Heidelberger Projektes) im interkantonalen Vergleich analysiert (Nikolai 2006). Sie stellt einen negativen Effekt der Größe des katholischen Milieus fest und gelangt zu der Schlussfolgerung, dass sozialdemokratische und christdemokratische Parteien Bildungsausgaben stärker erhöhen als säkularkonservative und liberale Parteien. Zudem findet sie Evidenz dafür, dass hohe Ausgaben für Sozial- und Familienpolitik, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, ein hoher Etatismusgrad und die Höhe der Steuereinnahmen positiv mit Bildungsausgaben assoziiert sind, während eine inverse Beziehung zum Ausmaß der Staatsverschuldung sowie zur Höhe der Ausgaben für Alterssicherung und klassisch konsumtiven Arbeitsmarktpolitik besteht. Hill und Jones (2017) können unterdessen für die Vereinigten Staaten zeigen, dass in Bundesstaaten mit einem demokratischen Gouverneur, Distrikte mit einem hohen Anteil ethnischer Minderheiten stärker bei der Mittelvergabe bedacht werden.

2.3 Vergleichende Untersuchungen der deutschen Bundesländer

Die deutschen Bildungsausgaben wurden bisher zweimal im Bundesländervergleich untersucht: zum einen von Wolf (2005, 2007, 2008), dem letzten verbleibenden Mitglied des Heidelberger Forschungsprojekts, sowie zum anderen von Kempkes (2009). Wolf (2007) betont in seiner Analyse, dass in Deutschland finanzielle Unterschiede zwischen den Ländern infolge unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit nahezu vollständig durch den Länderfinanzausgleich wettgemacht werden. Nichtsdestotrotz ließe sich ein positiver Effekt des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf auf die Bildungsausgaben feststellen. Betrachte man stattdessen die Bildungsausgaben in Relation zum BIP als abhängige Variable, kehre sich der Effekt jedoch ins Gegenteil um. Wolf interpretiert diesen Befund als einen Sättigungseffekt. Weitere wichtige Determinanten stellten das Politikerbe in Form der Vorjahresausgaben, die Höhe der Steuereinnahmen sowie der Anteil der jungen Bevölkerung dar. Hinweise auf eine Finanzierungskonkurrenz seien am ehesten zum Politikfeld Innere Sicherheit zu finden, wohingegen keine eindeutige Evidenz bezüglich einer Konkurrenz zu Sozialausgaben bestehe. Sowohl der Katholiken- als auch der Protestantenanteil wirke sich negativ auf die Höhe der Bildungsausgaben aus. In Hinblick auf

den Einfluss von Parteien gelangt Wolf zu der Feststellung, dass je höher der Anteil an Kabinettsitzen von CDU/CSU und FDP ist, desto höher die Bildungsausgaben sind. Das Gegenteil gelte für SPD und Grüne. Insbesondere bei hohen Steuereinnahmen wirke sich eine linke Regierungsbeteiligung negativ aus. Damit stehen Wolfs Erkenntnisse im Widerspruch zu den Erkenntnissen der international vergleichenden Forschung, nach welchen v. a. sozialdemokratische Parteien in das Bildungssystem investieren. Wolf vermutet, dass die deutsche Sozialdemokratie konsumptive gegenüber investiver Sozialpolitik präferiert. Ebenfalls eine Rolle spielen könnte, dass ein großer Teil der Kernklientel der SPD eine berufliche Ausbildung durchlaufe, die berufliche Ausbildung in Deutschland jedoch zu einem erheblichen Anteil privat durch die Betriebe finanziert wird.

Wolfs Analyse umfasst die Jahre 1992–2002. Er betont selbst, dass die Daten für diesen Zeitraum von geringer Qualität sind, da sie zwischen den Bundesländern nur bedingt vergleichbar sind. So werden die Altersversorgungs- und Beihilfeleistungen für Beamte in einem anderen Haushaltsbereich verbucht als die Sozialausgaben für angestellte Lehrkräfte. Dies führt dazu, dass die Bildungsausgaben ostdeutscher Länder, welche auf eine Lehrerverbeamtung verzichten, signifikant höher erscheinen, als sie eigentlich sind. Zur Korrektur dieser Verzerrung kontrolliert Wolf auf den Beamtenanteil und stellt fest, dass dieser für ein Sechstel der Variation der Bildungsausgaben verantwortlich ist.

Kempkes (2009) verwendet in seiner Studie dieselbe Datengrundlage. Im Gegensatz zu Wolf fokussiert er sich auf das relative Verhältnis der Ausgaben für drei weiterführende Schulformen und beschränkt sich dabei auf die westdeutschen Bundesländer. Für diese stehen ihm Daten für den Zeitraum 1981–2006 zur Verfügung. Darüber hinaus untersucht er, wie sich die ostdeutschen Länder in den Jahren 1993–2006 an den Geburtenrückgang nach der Wiedervereinigung durch Änderung ihrer Bildungsausgaben für Grundschulen angepasst haben. Es ergibt sich eine Elastizität der Bildungsausgaben pro Grundschüler/in von $-0,54$. Dies bedeutet, dass die Bildungsausgaben pro Grundschüler/in überproportional gestiegen sind, wenngleich auch nicht so stark, wie es aus anderen Staaten her bekannt ist. Mit Bezug auf die relativen Verhältnisse der Bildungsausgaben für weiterführende Schulformen stellt Kempkes fest, dass die SPD bevorzugt in Gesamtschulen investiert, während CDU/CSU und Grüne das Gymnasium präferieren.

Ebenfalls erwähnenswert im Zusammenhang der Erforschung der deutschen Bildungsausgaben ist eine Studie von Tepe und Vanhuyse (2009). Diese zeigen, dass Landesregierungen unmittelbar vor und nach Wahlen die Anzahl an Neueinstellungen von Lehrkräften signifikant erhöhen. Vergleichbare politische Konjunkturzyklen lassen sich auf internationaler Ebene auch für andere Politikfelder, wie beispielsweise die Gesundheitspolitik (Potrafke 2010), nachweisen. Im hiesigen Kontext spielen Konjunkturreffekte jedoch keine größere Rolle, da sie sich bei Betrachtung der durchschnittlichen parteipolitischen Effekte herausmitteln.

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, die Ergebnisse Wolfs und Kempkes' mit aktuelleren und v. a. unverzerrten Daten zu replizieren. Darüber hinaus sollen erstmals die schulformenspezifischen *absoluten* Ausgaben für *alle* Berufs- und Regelschulformen untersucht werden. Im folgenden Abschnitt werden mehrere theoretische

Erklärungsansätze vorgestellt, auf deren Grundlage vier konkurrierende Hypothesen entwickelt werden.

3 Theoretische Erklärungsansätze und Hypothesen

„Machen Parteien bei Bildungsausgaben einen Unterschied?“ Lange Zeit war die Antwort auf diese Frage umstritten. Noch 1974 vertrat Wilensky die Auffassung „education is special“ (Wilensky 1974, S. 3). So gingen mit Bildung im Vergleich zu anderen sozialstaatlichen Feldern kaum redistributive Implikationen einher, da der Bildungsweg eines Kindes weitestgehend durch den sozioökonomischen Status seines Elternhauses vorherbestimmt sei (Wilensky 1974, S. 5–6). Entsprechend sei nicht zu erwarten, dass manche Parteien mehr als andere in den Bildungssektor investieren. Auch wenn Wilenskys Position heutzutage kaum mehr vertreten wird, handelt es sich um die Nullhypothese dieser Arbeit, welche der grundlegenden Hypothese, dass Parteien ein relevanter Faktor für die Höhe der Bildungsausgaben sind, entgegengestellt ist. Im Folgenden werden vier theoretische Ansätze zur Erklärung parteipolitischer Präferenzen in Sachen Bildungsausgaben vorgestellt, auf deren Grundlage jeweils eine Hypothese aufgestellt wird.

3.1 Parteiendifferenztheorie (Klientelinteressen)

Beim ersten theoretischen Ansatz handelt es sich um die Parteiendifferenztheorie (Hibbs 1977). Das Verständnis davon, was die Parteiendifferenztheorie genau ausmacht, variiert stark. Für den hier verfolgten Ansatz erweist sich die Variante von Manfred Schmidt (1996) als besonders nützlich. Schmidts Variante besagt im Kern, dass „social constituencies of political parties [...] have distinctive preferences“ sowie „policy orientations of political parties broadly mirror the distinctive preferences of their social constituencies“ (Schmidt 1996, S. 156). In der Literatur wurde von verschiedener Seite Kritik an diesem Verständnis von Parteiendifferenz geäußert. Oftmals wird bezweifelt, dass nach wie vor eine Verbindung zwischen bestimmten Parteien und sozioökonomisch definierten Gruppen bestehe. Vielmehr haben sich die Parteien von klassenbasierten politischen Interessenvertretungen hin zu Kartell- oder Catch-all-Parteien entwickelt (Katz und Mair 1995; 1996). Hierfür wird wahlweise eine strategische Neuorientierung der Parteien (Evans und Tilley 2012) oder eine Auflösung der zugrunde liegenden sozialen Milieus (Oesch 2013) verantwortlich gemacht. Statt sich auf eine klassenbasierte Kernwählerschaft zu verlassen, würden Parteien durch eine gezielte Positionierung im politischen Raum versuchen, sich neue Wählerschichten zu erschließen (Busemeyer 2009; vgl. auch Beramendi et al. 2015). Zu diesem Zweck griffen sie auf speziell an bestimmte Zielgruppen gerichtete Policy-Vorschläge als Mittel der Wählerakquirierung zurück (Häusermann 2006; Gingrich und Häusermann 2015). Daneben wird zuweilen auch die eigenständige Rolle der politischen Präferenzen der Parteibasis und der politischen Entscheidungsträger betont (Wenzelburger und Zohlnhöfer 2021). Allerdings erscheint fraglich, ob sich die Verbindung von Parteien mit bestimmten Milieus tatsächlich vollständig aufgelöst hat. So gelangt Potrafke (2017) in einer auf über 100 Panelstudien ba-

sierenden Metastudie zu dem Ergebnis, dass sich die parteipolitischen Effekte seit den 1990er-Jahren in den westlichen Industriestaaten zwar abgeschwächt haben, jedoch linke Regierungen in zahlreichen Politikfeldern nach wie vor eine inhaltlich deutlich abweichende und zumeist ausgabenintensivere Politik verfolgten als rechte Regierungen. Aus diesem Grund kann es nach wie vor als sinnvoll und gerechtfertigt gelten, die klassische interessenbasierte Perspektive der Parteiendifferenztheorie zur Hypothesenaufstellung zu verwenden.

In vielen sozialstaatlichen Feldern wie der Arbeitsmarktpolitik oder Einkommensbesteuerung ist es ohne Weiteres ersichtlich, worin die Interessen verschiedener sozialer Gruppen bestehen. Weniger leicht lassen sich die Präferenzen der sozialen Schichten in Bezug auf schulische Bildungsausgaben erschließen: Boix (1998) geht davon aus, dass aufgrund von Globalisierung und Austeritätspolitik keine klassische Sozialpolitik und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik mehr möglich sind. Dies habe insbesondere Mitte-Links-Parteien, deren Ziel die Verringerung sozialer Ungleichheit ist, zu einem Umdenken gezwungen. Statt wie bisher auf „nachträgliche“ Umverteilung zu setzen, versuchten sie nunmehr präventiv Lebenschancen umzuverteilen. Zentral hierfür seien staatliche Investitionen in Bildung und Humankapital, da durch diese die Vorteile von Kindern aus privilegierten Verhältnissen teilweise ausgeglichen werden könnten. Jensen (2011) widerspricht der Auffassung von Boix. Ähnlich wie Wilensky nimmt er an, dass Ausgaben für Bildung weit weniger redistributive Implikationen besitzen als Ausgaben in anderen Politikbereichen. Daher sei anzunehmen, dass, wenn es überhaupt einen Effekt linker Regierungen gebe, dieser negativ sei (Jensen 2011, S. 419).

Boix' und Jensens unterschiedliche Argumente zeigen, dass es a priori nicht möglich ist, eindeutige Erwartungen aus der Parteiendifferenztheorie bezüglich der *aggregierten* Bildungsausgabenpräferenzen herzuleiten. Aufgrund der Mehrgliedrigkeit des deutschen Schulsystems kann man solche Erwartungen jedoch problemlos für *schulformenspezifische* Bildungsausgaben aufstellen. In Deutschland hängt der Besuch einer bestimmten Schulform bekanntlich stark vom Elternhaus ab (Esser und Seuring 2020; Schlicht 2011; Becker 2011; Woessmann 2010). Daher sind die Schulformen mit spezifischen sozialen Milieus assoziiert. Nimmt man entsprechend der Parteiendifferenztheorie an, dass Parteien die Interessen ihrer Kernklientel vertreten, ist davon auszugehen, dass Parteien mit einer sozioökonomisch (vergleichsweise) schwachen Wählerklientel Schulen privilegieren, an welchen ein Großteil der Schüler/innen aus sozioökonomisch schwachen Familien stammt und vice versa. Da heutzutage aufgrund der Entwicklung hin zum zweigliedrigen Schulsystem die entscheidende Frage darin besteht, ob ein Kind das Gymnasium oder eine andere Schulform besucht (Schlicht 2011), lässt sich folgende Hypothese aufstellen:

H1: Klientelinteressen Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel haben einen positiven Effekt auf die Ausgaben für nichtgymnasiale Schulformen (teilweise mit Ausnahme der Berufsschulen) und einen negativen Effekt auf die Ausgaben für Gymnasien und vice versa.

Die Hypothese lässt sich auf zwei verschiedene Weisen empirisch überprüfen. In der „relativen“ Variante, die an die Vorgehensweise von Kempkes (2009) angelehnt ist, genügt es, wenn eine Partei mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel die

Ausgaben für Gymnasien anteilmäßig weniger stark steigert bzw. stärker senkt als die Ausgaben für nichtgymnasiale Schulformen. In der „absoluten“ Variante, die der Vorgehensweise Wolfs (2007) entspricht, muss auch ein absolut negativer Effekt der Partei mit der sozioökonomisch schwachen Klientel auf die gymnasialen Bildungsausgaben und ein positiver auf die Ausgaben für andere Schulformen vorliegen. Das Vorliegen unterschiedlicher absoluter Effekte ist aus mehreren Gründen keine Selbstverständlichkeit: Zum einen sind in der Haushaltsplanung keine eigenen Etats für einzelne Schulformen vorgesehen. Die schulformenspezifischen Bildungsausgaben werden vielmehr im Nachhinein durch Aggregation aller einer Schulform zugutekommenden Finanzleistungen statistisch ermittelt. Daher müssen Regierungsparteien, wenn sie „ihren“ Schulformen etwas zugutekommen lassen wollen, dies indirekt durch bestimmte Programme oder Entscheidungen erwirken, welche sich hauptsächlich zugunsten der anvisierten Schulform auswirken. Häufig ist eine solche Beschränkung jedoch nicht ohne Weiteres möglich.

Wenn in der Hypothese von anderen Schulformen die Rede ist, sind ausdrücklich auch Grundschulen mit einbezogen. Zwar werden Grundschulen von Kindern aus allen Schichten gleichermaßen besucht, sodass man bei strikter Anwendung der Parteiendifferenztheorie keine Unterschiede zwischen den Parteien erwarten würde; jedoch zeigen zahlreiche Studien, dass Bildungsinvestitionen einen umso höheren Beitrag zur Verringerung der Chancenungleichheit leisten, je früher sie getätigt werden (Heckman 2008; Egert et al. 2018). Daher ist auch im Fall der Grundschulen davon auszugehen, dass sich für Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Wählerschaft die stärksten Anreize für Investitionen bieten. Berufsschulen lassen sich nur sinnvoll in der absoluten Variante überprüfen, da sie teilweise privat finanziert werden und die sie betreffende prozentuale Ausgabensteigerung somit nicht mit den allgemeinbildenden Schulen vergleichbar ist.

3.2 Ideologie

Eine zweite Argumentationslinie geht vom Primat der Ideen aus. Die zentrale Annahme ist, dass Parteien ideologische Vorstellungen darüber haben, was eine gute Gesellschaft ausmacht, und diese Vorstellungen in konkrete Policy-Positionen übersetzen. Ein Vertreter des ideologischen Theoriestrangs ist Sabatier (1987), der die Existenz von verschiedenen Überzeugungsstufen postuliert. Hierzu zählen Deep Core Beliefs und Policy Core Beliefs. Während die „tiefen Kernüberzeugungen“ eines Akteurs politikfeldübergreifend und nahezu unveränderlich sind, beziehen sich die Policy Core Beliefs nur auf einzelne Felder und sind leichter wandelbar. Nikolai und Rothe (2014) nutzen Sabatiers Ansatz, um die Schulstrukturpräferenz von SPD und CDU/CSU theoretisch herzuleiten. Ihnen zufolge hängt die SPD auf Ebene der Deep Core Beliefs dem Konzept der *Chancengleichheit* an, während die Unionsparteien sich der Idee der *Chancengerechtigkeit* verschrieben haben. Chancengleichheit bedeutet, dass alle Kinder unabhängig von ihrem Elternhaus die gleichen Chancen besitzen sollen, später eine bestimmte Stellung in der Gesellschaft einzunehmen. Um die Nachteile von Kindern aus sozioökonomisch schwachen Verhältnissen auszugleichen, seien staatliche Eingriffe nötig. Anders verhält es sich im Fall der Chancengerechtigkeit, nach welcher alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft vom Staat

gleichbehandelt werden müssen. Dies schließt eine Bevorteilung von Kindern aus bildungsfernen Familien aus. Stattdessen dürfe allein die individuelle Leistung darüber entscheiden, welche Stellung ein Mensch in der Gesellschaft einnimmt. Daher ist manchmal auch von Leistungsgerechtigkeit die Rede. Des Weiteren unterschieden sich die beiden Parteien in ihrer Bewertung von sozialer Homogenität. Während die Unionsparteien hierin etwas Positives sehen, plädiert man aufseiten der SPD für die Durchmischung verschiedener sozialer Gruppen, um die Grenzen zwischen ihnen zum Verschwinden zu bringen.

Beide Konzepte lassen sich laut den Autorinnen auf verschiedene Menschenbilder zurückführen. Christdemokratische Parteien würden Unterschiede zwischen Menschen und Familien im Sinne der katholischen Soziallehre als gottgewollt annehmen (vgl. auch Castles 1989). Demgegenüber basiere das sozialdemokratische Begaubungsverständnis eher auf der marxistisch-sozialliberalen Annahme, dass die schulischen Leistungen eines Schülers im Wesentlichen durch sein sozioökonomisches Umfeld geprägt werden. Heutzutage korrespondiert der Unterschied zwischen den beiden Menschenbildern mit der gesellschaftspolitischen GAL-TAN-Achse² (Marks et al. 2006).

Anhand der verschiedenen Menschenbilder und Deep Core Beliefs lässt sich laut Nikolai und Rothe (2014) die Präferenz der Parteien für unterschiedliche Schulformen auf Ebene der Policy (Core) Beliefs erklären. So präferierten CDU/CSU das dreigliedrige Schulsystem, da dieses als am besten mit der gottgegebenen Verschiedenheit der Menschen und leistungshomogenen Lerngruppen vereinbar angesehen wird. Demgegenüber befürworte die SPD Gesamtschulen, weil sie diese Schulform als am geeignetsten dafür erachtet, um Kindern aus sozial schwachen Verhältnissen Förderung zur Kompensation ihrer herkunftsbedingten Nachteile zugutekommen zu lassen. Zudem ließen sich Gesamtschulen am ehesten mit dem Ideal einer klassenlosen, egalitären Gesellschaft vereinen.

Seit Mitte der 2000er-Jahre haben sich, Nikolai und Rothe (2014) zufolge, SPD und CDU in Sachen Schulstruktur einander angenähert. So haben sich die beiden „Volksparteien“ in vielen Ländern im Rahmen eines „Schulfriedens“ auf ein zweigliedriges Schulsystem verständigt (Helbig und Nikolai 2015). Verantwortlich hierfür sei jedoch – zumindest aufseiten der CDU – kein Wandel der Deep Core Beliefs, sondern externe Faktoren wie der Rückgang der Schülerzahlen infolge des demografischen Wandels. Zudem unterschieden sich SPD und CDU nach wie vor in Hinblick auf die genaue Ausgestaltung der Zweigliedrigkeit: Während sich die SPD für ein Nebeneinander von Gymnasien und Gesamtschulen mit angegliederter Oberstufe einsetze, spreche sich die CDU dafür aus, dass die Schulform neben dem Gymnasium lediglich eine Kombination aus Haupt- und Realschule darstellt. Die Bezeichnung dieser Schulform variiert zwischen den Bundesländern; in Statistiken wird sie als „Schule mit mehreren Bildungsgängen“ (SMBG) ausgewiesen.

Im Fall der Berufsschulen könnte neben den gesellschaftspolitischen Ansichten einer Partei auch ihre wirtschaftspolitische Positionierung auf der Links-Rechts-Achse eine Rolle spielen. So erscheint es plausibel, dass linke Parteien, welche per Definition eine möglichst aktive Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft be-

² GAL: grün-alternativ-libertär; TAN: traditionell-autoritär-nationalistisch.

fürworten, sich verstärkt für eine staatlich organisierte Form der beruflichen Bildung einsetzen. Beispielsweise ist in Schweden unter sozialdemokratischer Regierung das duale Ausbildungswesen im Verlauf des 20. Jahrhunderts durch ein ausschließlich staatliches System ersetzt worden (Olafson und Thunqvist 2018; Heikkinen 2004). Die vollständige Hypothese lautet:

H2: Ideologie (1) Gesellschaftspolitisch linke Parteien haben einen positiven Effekt auf die Ausgaben für Schulformen, die ein nichtgegliedertes Schulsystem repräsentieren (Grundschule, Gesamtschule), und einen negativen Effekt auf die Ausgaben für Schulformen, die ein gegliedertes Schulsystem repräsentieren (Hauptschule, Realschule, SMBG, Gymnasium), im Vergleich zu gesellschaftspolitisch rechten Parteien.

(2) Wirtschaftspolitisch linke Parteien haben einen positiven Effekt auf die Ausgaben für Berufsfachschulen und einen negativen Effekt auf die Ausgaben für duale Berufsschulen im Vergleich zu wirtschaftspolitisch rechten Parteien.

Ebenso wie im Fall der Parteiendifferenztheorie lässt sich die zweite Hypothese sowohl „relativ“ (linke Parteien haben einen größeren Effekt auf die Ausgaben für nichtgegliederte Schulformen und Berufsfachschulen) als auch „absolut“ (linke Parteien haben einen positiven Effekt auf die Ausgaben für nichtgegliederte Schulformen und Berufsfachschulen) überprüfen.

3.3 Interaktion zwischen Klientelinteressen und Offenheit des Schulsystems

Ein drittes theoretisches Argument stammt von Ansell (2010). Zwar beschäftigt sich Ansell hauptsächlich mit den Bildungsausgaben für Hochschulen; jedoch lässt sich sein Argument aufgrund der Mehrgliedrigkeit des deutschen Schulsystems gut auf den hiesigen Fall übertragen. Ansell zufolge hängt es von der Offenheit des Hochschulsystems ab, ob bevorzugt linke oder rechte Parteien Investitionen in den tertiären Bildungssektor tätigen. Falls der Hochschulzugang beschränkt ist und nur wenige Studienplätze zur Verfügung stehen, gelänge es hauptsächlich den Nachkommen der gesellschaftlichen „Elite“, einen der wenigen Plätze zu erhalten. Da die Elite durch rechte Parteien vertreten werde, würden rechte Parteien bevorzugt in Hochschulbildung investieren. Wenn der Hochschulzugang hingegen offen ist, hätten auch Menschen aus unteren Gesellschaftsschichten eine realistische Chance auf eine universitäre Ausbildung. Da die unteren Schichten in erster Linie durch linke Parteien vertreten werden, erhöhten linke Parteien bei einem offenen Hochschulzugang die Ausgaben für Hochschulbildung stärker.

Um Anells Argument für die Ausgaben in den schulischen Bildungssektor in Deutschland fruchtbar zu machen, genügt es, „Offenheit des Hochschulzugangs“ durch „Offenheit des Zugangs zum gymnasialen Bildungsgang“ zu ersetzen. In Deutschland ist die allgemeine Hochschulreife nicht nur der höchste Schulabschluss, sondern i. d. R. auch notwendig für Aufnahme eines Studiums. Ein solches bildet in den allermeisten Fällen die unverzichtbare Voraussetzung dafür, um Zugang zu Berufen mit hohem Einkommen und Reputation zu erhalten. Aus diesem Grund hat sich beispielsweise Schlicht (2011) in ihrer Analyse der Determinanten von Bildungsungleichheit im Bundesländervergleich dazu entschieden, das Ausmaß an

Bildungsungleichheit mit dem Anteil an Schüler/innen zu messen, die entweder das Gymnasium oder den gymnasialen Bildungsgang einer Gesamtschule besuchen.

In der dritten Hypothese wird im Anschluss an Ansell eine Interaktion zwischen der Offenheit des Bildungssystems und klientelbezogenen Erklärungsansätzen postuliert. Hierbei wird zwischen den Schulformen in Hinblick auf die Effektstärke differenziert. So ist davon auszugehen, dass Parteien die Ausgaben für die Schulformen besonders erhöhen, in welcher der anteilmäßige Zuwachs ihrer Klientel bei einer steigenden Offenheit des Bildungssystems am größten ist. Am stärksten vom Wandel des Schulsystems betroffen sind Schulformen, die zuvor wie Real- oder Gesamtschulen gleichermaßen von Kindern aus sozioökonomisch starken und schwachen Familien besucht wurden. Da mit steigender Abiturquote der Hauptschulabschluss und – im geringeren Maße – der Realschulabschluss zusehends an Reputation verlieren, versuchen Familien ihre Kinder möglichst auf einer höheren Schulform unterzubringen, als sie es ansonsten getan hätten. In der Folge ziehen die zuvor sozioökonomisch „durchmischten“ Schulformen im steigenden Maße ein sozioökonomisch schwaches Klientel an. Auch an Gymnasien und SMBG steigt der Anteil von Kindern aus bildungsferneren Familien, wenngleich nicht im selben Ausmaß. Am geringsten verändert sich die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft an Hauptschulen, welche zuvor bereits fast ausschließlich von Kindern aus sozioökonomisch schwachen Familien besucht wurden. Somit ist zu erwarten, dass Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel bei zunehmender Öffnung des Schulsystems die Ausgaben für Real- und Gesamtschulen am stärksten erhöhen, für Sekundarschulen und Gymnasien am zweitstärksten und für Hauptschulen am geringsten.

Die Offenheit des Schulsystems wird mit dem Anteil an Schüler/innen gemessen, welcher die allgemeine Hochschulreife an einer allgemeinbildenden Schule erlangt hat. Dieser Wert wird als Abiturquote bezeichnet, auch wenn er etwas niedriger ausfällt als die offiziellen Statistiken (es fehlen die fachgebundene Hochschulreife und Abschlüsse von Privatschulen). Um zu überprüfen, ob Parteien bei einer hohen Abiturquote nicht nur die Ausgaben erhöhen, sondern auch absolut mehr ausgeben als andere Parteien, werden die Ausgaben für eine Abiturquote von 40 % berechnet. 40 % sind im Bundesländervergleich ein relativ hoher Wert, welcher in 15 % der Bundesländerjahre erreicht wird. Es ergibt sich folgende Hypothese:

H3: Interaktion zwischen Klientelinteressen und Abiturquote (1) Je höher die Abiturquote ist, desto stärker erhöhen Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel die Ausgaben für allgemeinbildende Schulen und vice versa.

(2) Bei steigender Abiturquote erhöhen die Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel die Ausgaben für Real- und Gesamtschulen am stärksten, die Ausgaben für Gymnasien und SMBG am zweitstärksten und die Ausgaben für Hauptschulen am schwächsten und vice versa.

3.4 Interaktion zwischen Ideologie und Offenheit des Schulsystems

Im Fall des ideologischen Erklärungsansatzes ist zwar keine unmittelbare Veränderung der Parteipräferenzen zugunsten der Schulformen bei steigender Abiturquote

zu erwarten; allerdings ist ein indirekter Effekt des Zusammenspiels von Ideologie und Abiturquote denkbar. So könnten gesellschaftspolitisch linke Parteien eher dazu bereit sein, Haupt- und Realschulen zugunsten von Gesamtschulen und SMBG auslaufen zu lassen. Da in auslaufende Schulformen naheliegenderweise keine größeren Investitionen getätigt werden, ist mit einem negativen Effekt von Parteien mit einer GAL-Ideologie zu rechnen. Umgekehrt könnten Parteien mit einer TAN-Ideologie durch besonders hohe Ausgaben in Haupt- und Realschulen versuchen zu unterstreichen, dass sie die beiden Schulformen noch nicht abgeschrieben haben. Somit lautet die vierte und letzte Hypothese:

H4: Interaktion zwischen Ideologie und Abiturquote Je höher die Abiturquote ist, desto stärker erhöhen gesellschaftspolitisch linke Parteien die Ausgaben für SMBG und Gesamtschulen im Verhältnis zu den Ausgaben für Haupt- und Realschulen und vice versa.

Tab. 1 bietet einen zusammenfassenden Überblick über die aufgestellten Hypothesen. Berücksichtigt man, welche Parteien sich hinter den Oberkategorien „sozioökonomischer Status“, „gesellschaftspolitische Ideologie“ und „wirtschaftspolitische Ideologie“ verbergen (vgl. Abschn. 5), fällt auf, dass es sich häufig um dieselben Parteien handelt. Der Zusammenhang zwischen den materiellen Interessen der eigenen Klientel und der wirtschaftspolitischen Ideologie einer Partei ist wenig überraschend. Ebenso ist hinlänglich bekannt, dass in Deutschland die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Links-Rechts-Positionierungen der Parteien miteinander korrelieren. Daher ist die Frage, ob klientelbasierte Interessen oder die Ideologie entscheidend für das Verhalten der Parteien sind, notorisch schwierig zu entscheiden. Umso wichtiger für die theoretische Diskriminierung sind Parteien, für welche die drei Dimensionen nicht vollständig kongruent sind.³

Tab. 1 Überblick über die Hypothesen

	Grund	Haupt	Real	SMBG	Ges	Gym	Allgbl	Beruf	Dual	Alle
<i>H1: niedriger Status</i>	+	+	+	+	+	–		(+)	(+)	
<i>H2: gesellschaftl. links</i>	+	–	–	–	+	–				
<i>H2: wirtschaftl. links</i>								+	–	
<i>H3: nied. Status*Abiq.</i>	+	+	+++	++	+++	++	+			+
<i>H4: GAL * Abiquote</i>		–	–	+	+					

In Klammern: Es wird nur ein „absoluter“ Effekt postuliert

Fett dargestellt: Es besteht eine Rangfolge bezüglich der erwarteten Effektstärke

³ Dies sind Grüne, FDP und Freie Wähler; vgl. Abschn. 5.

4 Daten und Methode

Dieser Abschnitt geht zunächst auf die abhängige Variable, anschließend auf die unabhängigen Variablen und Modelle, daraufhin auf die Kontrollvariablen und zuletzt auf die Methode ein.

4.1 Abhängige Variable

Als abhängige Variable werden die Pro-Schüler-Ausgaben (PSA) genutzt, wie sie seit 2008 jährlich im Bildungsfinanzbericht durch das Statistische Bundesamt im Auftrag des Bundesbildungsministeriums und der Kultusministerkonferenz veröffentlicht werden (Statistisches Bundesamt 2008–2023). Die Daten decken die Jahre 2005–2021 ab und stehen für acht Schulformen zur Verfügung: Grundschulen (Grund), Hauptschulen (Haupt), Realschulen (Real), SMBG, integrierte Gesamtschulen (Ges), Gymnasien (Gym), Berufliche Schulen insgesamt (Beruf) sowie Berufsschulen im dualen System (Dual). Zusätzlich werden die aggregierten PSA für allgemeinbildende Schulen (Allgbl.) exklusive Berufsschulen und für alle Schularten (Alle) inklusive Berufsschulen ausgewiesen. Im Gegensatz zu den Daten von Wolf (2007) und Kempkes (2009) sind die Angaben im Bildungsfinanzbericht bereits um Artefakte wie die unterschiedliche haushaltstechnische Behandlung von angestellten und verbeamteten Lehrkräften bereinigt worden. Konkret setzen sich die Ausgaben aus den Gehaltsaufwendungen, rechnerisch unterstellten Sozialbeiträgen für verbeamtete Lehrkräfte, dem laufenden Sachaufwand sowie Investitionsausgaben zusammen. Die Daten umfassen die Ausgaben aller staatlichen Ebenen, wobei der Länderanteil mit Abstand am größten ist.⁴ Ebenfalls bereits bei Erstellung der Daten berücksichtigt wurde, dass in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Aufteilung auf verschiedene Schulformen erst ab Klasse 7 erfolgt. Um die Vergleichbarkeit über Zeit zu gewährleisten, wurden die Ausgaben anhand des Verbraucherpreisindexes zum Basisjahr 2020 inflationsbereinigt.

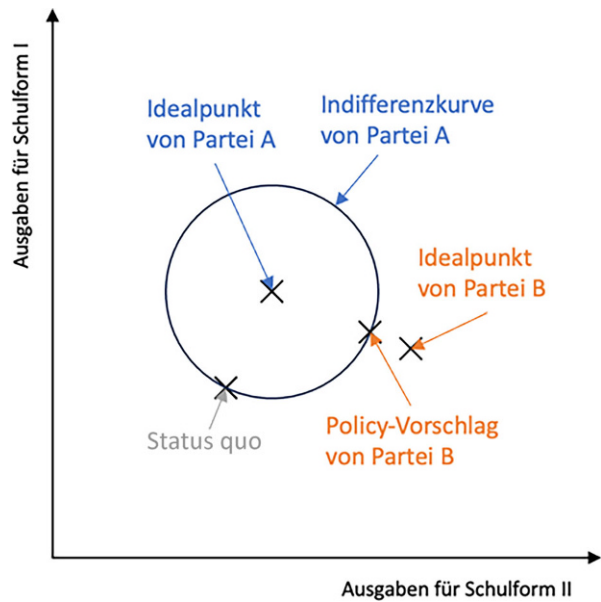
4.2 Unabhängige Variablen und Modelle

Beginnend mit Castles (1989) hat sich in der Bildungsausgabenforschung die Praxis etabliert, den Einfluss von Parteien als unabhängige Variable anhand ihres Anteils an den Kabinettsitzen zu messen. Diese Operationalisierungspraxis hat jedoch den Nachteil, dass der Einfluss kleiner Parteien aufgrund von Extrapolation tendenziell überschätzt wird. So müssen bei einer geringen Sitzzahl die Effekte zwangsläufig größer ausfallen, um ein bestimmtes Outcome zu erklären, ohne dass davon auszugehen ist, dass der Effekt einer Partei tatsächlich linear mit ihrem Sitzanteil steigt oder sinkt.⁵ Auch aus theoretischer Perspektive scheint fraglich, ob sich die Einflüsse

⁴ 2022 trugen laut Bildungsfinanzbericht (Statistisches Bundesamt 2023) die Länder 69,2 %, die Kommunen 23,7 % und der Bund die verbleibenden 7,1 % zur Gesamtsumme der staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland bei. Die Kommunen sind hierbei hauptsächlich für den Gebäudeunterhalt verantwortlich. Da es sich um eine sogenannte Pflichtaufgabe handelt, besteht für die Gemeinden nur ein geringer Spielraum.

⁵ Zur Robustheitsüberprüfung wurde dennoch ein entsprechendes Modell berechnet, welches im Online-Anhang in Tabelle A7 zu finden ist. Statt des Kabinettsitzanteils wurde der Stimmenanteil einer Koaliti-

Abb. 1 Privilegierter Einfluss des oder der Bildungsministerin als Agendasetzer auf die schulformenspezifischen Bildungsausgaben. (Quelle: eigene Darstellung)



se wirklich proportional auf die Parteien verteilen. Im Sinne der Vetospielertheorie (Tsebelis 1995) ist vielmehr davon auszugehen, dass es demjenigen Akteur, welcher das Initiativrecht innehat (dem sogenannten Agendasetzer), am stärksten gelingt, die eigene Idealposition durchzusetzen. Aufgrund der Inflation müssen die Bildungsausgaben jedes Jahr nach oben angepasst werden, sofern eine faktische Senkung vermieden werden soll. Dies eröffnet dem oder der Bildungsministerin als Agendasetzer die Möglichkeit, mit einem Policy-Vorschlag alle Koalitionspartner im Vergleich zum Status quo (den Vorjahresausgaben) besser zu stellen und zugleich die eigenen Idealvorstellungen weitreichend durchzusetzen.

Abb. 1 zeigt eine beispielhafte Situation mit jeweils zwei Koalitionspartnern und Schulformen, in welcher Koalitionspartner A eine stärkere Ausgabensteigerung für Schulform I und Koalitionspartner B eine starke Ausgabensteigerung für Schulform II präferiert. Koalitionspartner B hat das Bildungsministerium und damit die Agendasetzermacht inne. Dies ermöglicht es ihm, einen Policy-Vorschlag bezüglich der Ausgabenerhöhung zu unterbreiten, der sehr nah an seiner eigenen Idealposition ist und zugleich für Koalitionspartner A gerade noch akzeptabel ist. Da A (ebenso wie B) ein rationaler Akteur ist, sind für ihn alle Vorschläge akzeptabel, die innerhalb seiner Indifferenzkurve liegen und damit seiner Idealposition näher sind als der Status quo.

Für alle zehn abhängigen Variablen (die Bildungsausgaben für die acht Schulformen und zwei Aggregatwerte) werden jeweils drei Modelle berechnet, in denen als unabhängige Variable eine Dummy-Variable fungiert. Die Dummy-Variable gibt

onspartei am Gesamtstimmenanteil aller Koalitionsparteien verwendet, welche jedoch aufgrund der Praxis, Ministerposten proportional zum Stimmenanteil zu vergeben (Gamsons Gesetz, vgl. Pappi et al. 2008), zu den gleichen Ergebnissen führen sollte.

an, ob zum Jahresbeginn eine Partei das Bildungsministerium innehat, die (1) eine schwache sozioökonomische Klientel, (2) eine gesellschaftspolitische linke Ideologie oder (3) eine wirtschaftspolitische linke Ideologie aufweist. Zusätzlich wird ein Modell geschätzt, in welchem (4) alle Parteien einzeln betrachtet werden. Aufgrund der Tatsache, dass im Untersuchungszeitraum SPD und CDU/CSU zusammen in 87,5 % der Bundesländerjahre den oder die Bildungsminister/in gestellt haben, sind die Ergebnisse für die übrigen Parteien jedoch mit gebotener Vorsicht zu interpretieren. Um die messtheoretische Annahme zu überprüfen, dass sich der Einfluss in Sachen Bildungspolitik nicht proportional zwischen den Parteien verteilt, sondern die Besetzung des Bildungsministeriums den entscheidenden Faktor darstellt, wird schließlich (5) noch ein weiteres Modell geschätzt. In diesem Modell dient die Parteizugehörigkeit des Ministerpräsidenten als unabhängige Variable. Die Parteizugehörigkeit wird, da lediglich in zwei Fällen der Posten des Ministerpräsidenten nicht von der CDU/CSU oder SPD gestellt wird, gemäß der im Bundesrat üblichen Einteilung nach A- und B-Ländern aggregiert. Zu den A-Ländern zählen von SPD und Linken geführte Länder, zu den B-Ländern alle Länder mit einem Unionsministerpräsidenten. Baden-Württemberg unter Kretschmann wird von 2011–2016 den A-Ländern, anschließend den B-Ländern zugerechnet.⁶ Sollte tatsächlich ein proportionaler Einfluss auf die Bildungspolitik bestehen, ist von einer größeren Erklärungskraft des Ministerpräsidentenmodells auszugehen, weil der Ministerpräsident stets von der größten Regierungspartei gestellt wird. Aufgrund hoher Multikollinearität ist es nicht möglich, die Variable Bildungsministerium und Ministerpräsident in ein gemeinsames Modell einzubeziehen. So gehörten in drei Vierteln aller Bundesländerjahre Ministerpräsident und Bildungsminister der gleichen Partei an. FDP und Freie Wähler haben überdies nur in einer unionsgeführten Landesregierung das Bildungsministerium innegehabt.

In Übereinstimmung mit den Ergebnissen des Chapel Hill Expert Survey (Jolly et al. 2022) werden die Parteien ideologisch wie folgt verortet:

- Gesellschaftspolitik
 - links/GAL: SPD, FDP, Grüne, Linke,
 - rechts/TAN: CDU/CSU, Freie Wähler,
- Wirtschaftspolitik
 - links: SPD, Grüne, Linke,
 - rechts: CDU/CSU, FDP, Freie Wähler.

Tab. 2 umfasst Kennzahlen, die Auskunft über sozioökonomische Charakteristika der Wählerschaften der Parteien geben. Da sich die Zusammensetzung der Wählerschaften im Untersuchungszeitraum verändert haben könnte, werden – wo entsprechende Daten zur Verfügung stehen – Angaben für den Beginn und Ende des Zeitraums gemacht. Hierbei zeigt sich, dass es zwar Veränderungen gab (sinken-

⁶ Im Online-Anhang in Tabelle A8 ist zur Robustheitsüberprüfung ein Modell aufgeführt, in dem nicht nach A- und B-Ländern aggregiert wird. Effekte, die für A-Länder im Ministerpräsidentenmodell signifikant sind, sind auch im nichtaggregierten Modell für SPD-Ministerpräsident/innen signifikant und weisen das gleiche Vorzeichen auf.

Tab. 2 Sozioökonomische Merkmale der Wählerschaften der Parteien. (Quellen: Brenke und Kritikos (2017); eigene Berechnungen auf Grundlage von Hilmer und Müller-Hilmer (2006) sowie Forschungsgruppe Wahlen (2021, 2023))

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	FW
Ø Stundenlohn 2016	21,96 €	18,98 €	26,83 €	20,53 €	16,31 €	NA
Median S-Lohn 2016	18,02 €	17,32 €	21,93 €	18,60 €	14,62 €	NA
Arbeiteranteil 2000	35 %	44 %	12 %	19 %	35 %	NA
Arbeiteranteil 2016	16 %	17 %	11 %	9 %	22 %	NA
Akademiker 2016	27 %	21 %	32 %	37 %	31 %	~15 %
<i>Bundestagswahl 2005</i>						
Hauptschulabschl.	36 %	38 %	27 %	17 %	30 %	NA
Realschulabschluss	36 %	37 %	37 %	32 %	41 %	NA
Hochschulreife	27 %	26 %	35 %	51 %	29 %	NA
<i>Bundestagswahl 2021</i>						<i>BY '23</i>
Hauptschulabschl.	25 %	27 %	13 %	7 %	9 %	41 %
Realschulabschluss	39 %	37 %	35 %	25 %	33 %	26 %
Hochschulreife	36 %	35 %	52 %	68 %	59 %	33 %
Sozioökon. Status	Hoch	Niedrig	Hoch	Hoch	Niedrig	Niedrig

der Anteil an Arbeitern und Hauptschulabsolventen, steigender Abiturientenanteil), diese jedoch alle Parteien betreffen. Somit dürfte es sich eher um einen Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Trends hin zu mehr Dienstleistungsberufen und höherer Bildung handeln als um einen fundamentalen Wandel der parteipolitischen Kernklientel.

Wähler/innen von FDP und Grüne verfügen im Mittel über die höchsten Stundenlöhne und Bildungsabschlüsse. Daher werden sie als Parteien mit einer starken sozioökonomischen Klientel klassifiziert. Die Wählerschaft von CDU/CSU und SPD ähnelt einander sehr, jedoch besitzen Unionswähler/innen durchschnittlich einen geringfügig höheren Bildungsabschluss⁷ und ein höheres Einkommen⁸. Zudem wäre die Zuordnung der beiden „Volksparteien“ in eine gemeinsame Kategorie nicht sinnvoll, da ansonsten 87,5 % aller Bundesländer der gleichen Kategorie angehören würden. Daher wird für die Wähler/innen von CDU/CSU ein hoher und für die SPD-Klientel ein niedriger sozioökonomischer Status angenommen. Wähler/innen der Linkspartei haben im Durchschnitt einen relativ hohen Bildungsabschluss, weisen aber auch den geringsten Stundenlohn und den höchsten Arbeiteranteil auf. Deshalb wird ihnen ein niedriger sozioökonomischer Status zugeordnet. Für die Freien Wäh-

⁷ Traditionell von der SPD dominierte Bundesländer wie Bremen, Hamburg oder Nordrhein-Westfalen weisen im Mittel höhere Bildungsabschlüsse auf als Kernländer der CDU/CSU wie Bayern oder Sachsen. Daher wird der tatsächliche Abstand bezüglich des sozioökonomischen Status durch die Schulabschlüsse vermutlich unterschätzt.

⁸ Bei der Interpretation der Einkommensunterschiede muss berücksichtigt werden, dass zum Zeitpunkt der Erhebung 2016 anteilmäßig deutlich mehr Wähler/innen der CDU aus Ostdeutschland kamen als Wähler/innen der SPD und die Stundenlöhne in Ostdeutschland niedriger waren als in Westdeutschland. Zudem ist die SPD in urbanen Räumen tendenziell stärker als die CDU/CSU. Da in urbanen Gegenden sowohl die Durchschnittslöhne als auch die Lebenshaltungskosten höher sind als auf dem Land, dürfte der Abstand bezüglich des Lebensstandards größer ausfallen, als es die Lohnunterschiede nahelegen.

ler (FW) konnte lediglich die Verteilung der Bildungsabschlüsse ermittelt werden, welche auf einen niedrigen sozioökonomischen Status hindeutet.

4.3 Kontrollvariablen

Als Kontrollvariablen wurden auf Grundlage der Literatur folgende Faktoren ausgewählt: Pro-Kopf-Verschuldung, Pro-Kopf-BIP, Bevölkerungsanteil der 6- bis 18-Jährigen, evangelischer und katholischer Bevölkerungsanteil, Beamtenanteil, Abiturquote (ohne Fachhochschulreife) sowie je eine Dummy-Variable für die Stadtstaaten und „neuen“ Bundesländer. Die Bevölkerungsanteile der Religionsgemeinschaften entstammen Publikationen der Evangelischen Kirche (EKD 2024). Die übrigen Daten wurden Publikationen des Statistischen Bundesamtes sowie der Arbeitsgemeinschaft statistischer Ämter des Bundes und der Länder entnommen. Die deskriptive Statistik der verwendeten Variablen einschließlich einer genauen Quellenzuordnung zeigen die Tab. 3, 4, 5 und 6.

4.4 Methode

Bei den vorliegenden Daten handelt es sich um Beobachtungsdaten einer Vollerhebung. In einem solchen Fall ist die herkömmliche frequentistische Herangehensweise zur Modellbildung nicht gut geeignet, da frequentistische Modelle darauf ausgelegt sind, von einer theoretisch beliebig oft wiederholbaren zufälligen Stichprobe auf eine unbekannte Grundgesamtheit zu schließen (Gill und Traunmüller 2020). Nur unter diesen speziellen Bedingungen lassen sich Qualitätsmaße wie die Standardabweichung oder das Signifikanzniveau interpretieren. Demgegenüber ermöglicht es die bayesianische Statistik, auch Zusammenhänge in Daten, die nicht durch ein beliebig oft wiederholbares Experiment entstanden sind, sinnvoll zu modellieren. Im Unterschied zur frequentistischen Statistik werden Wahrscheinlichkeiten in der bayesianischen Statistik nicht als Häufigkeitsanteil eines unendlich oft wiederholbaren Zufallsexperiment aufgefasst, sondern als subjektives Ausmaß an Vertrauen darin, ob ein Effekt tatsächlich vorliegt. Zudem werden die Daten als gegeben und der wahre Wert als Zufallsvariable angenommen und nicht umgekehrt wie in der frequentistischen Statistik (Gill und Traunmüller 2020). Dies ermöglicht es, die Ergebnisse sehr viel intuitiver zu interpretieren. Beispielsweise lässt sich ein 95 %-Kreditintervall (dem bayesianischen Äquivalent zum Konfidenzintervall) direkt als der Bereich auffassen, in dem der wahre Wert mit 95 % Wahrscheinlichkeit liegt, statt umständlich von einem Intervall zu sprechen, dass in 95 % der Fälle den wahren Wert umfasst. Zur Schätzung der bayesianischen Modelle wird das R-Paket „brms“ von Bürkner (2017) verwendet. Auf die Festlegungen von informativen Priors wird im Sinne eines möglichst strengen Tests verzichtet.

Insgesamt werden vier Random-Intercept-Modelle⁹ (RI) und – als Robustheitstest – Fixed-Effects-Modelle (FE) berechnet. Diese Modelle wurden gewählt, da es

⁹ Bei Random-Intercept-Modellen handelt es sich um eine Unterform von Random-Effects-Modellen, wobei Random-Intercept-Modelle *totum pro parte* häufig auch nur als Random-Effects-Modelle bezeichnet werden.

Tab. 3 Deskriptive Statistik der abhängigen Variablen. (Quelle: Bildungsfinanzbericht, inflationsbereinigt auf Grundlage des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes (Tabellencode 61111-0001))

	Grund	Haupt	Real	SMBG	Ges	Gym	Allgbl	Beruf	Dual	Alle
Mittelwert	6451	8110	6517	8812	8759	8092	7986	4945	3231	7275
Standardabweichung	1346	1579	1245	1303	1796	1396	1397	1018	628	1303
Minimum	4469	5903	4603	5991	5797	5639	5639	2877	2071	5178
Maximum	12.100	12.997	10.766	12.367	16.101	13.579	13.773	8729	5238	12.900

Tab. 4 Deskriptive Statistik der kategorialen unabhängigen Variablen. (Quelle: eigene Recherche)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Freie Wähler
Bildungsministerium	103	135	12	12	7	3
Ministerpräsident/in	138	117	0	10	7	0

Tab. 5 Deskriptive Statistik der kontinuierlichen unabhängigen Variablen. (Quelle: eigene Berechnungen)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Freie Wähler
Mittelwert	0,454	0,359	0,040	0,095	0,049	0,003
Standardabweichung	0,370	0,312	0,081	0,146	0,141	0,025
Minimum	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Maximum	1,000	1,000	0,300	0,530	0,700	0,240

Tab. 6 Deskriptive Statistik der kontinuierlichen Kontrollvariablen

	Schulden/ Bev. in k€	Beamten- anteil	Anteil 6–18 Jahre	Abitur- quote	BIP/Bev. in k€	Anteil Evang.	Anteil Kath.
Mittelwert	35,07	38,32	11,72	32,38	33,22	27,22	20,88
Standardabweichung	36,31	7,43	1,44	7,04	9,96	11,14	19,05
Minimum	1,14	19,64	8,80	19,45	17,83	11,43	3,09
Maximum	208,26	49,03	14,69	55,68	67,99	56,26	65,28
Quelle	Statistisches Bundesamt				SÄdBudL (2024)	EKD (2024)	
Tabellencode/ Fachserie	71321-0001 71321-0003 71321-0006	Fachserie/ 14/6	12411- 0014	21111- 0013	–	–	

sich um die Standardverfahren zur Auswertung von Paneldaten handelt (vgl. Bell und Jones 2015) und keine Anzeichen dafür vorlagen, dass andere Modelle geeigneter wären. Bei Paneldaten besteht das Problem, dass die Beobachtungen einer Einheit zu verschiedenen Zeitpunkten miteinander korreliert sind. RI-Modelle lösen dieses Problem durch ein im Vergleich zur OLS-Regression modifiziertes Schätzverfahren. Demgegenüber werden im Fall von FE von jeder Variable der Mittelwert dieser Variable zu einem Zeitpunkt über alle Einheiten hinweg und der Mittelwert der Variable einer Einheit über alle Zeitpunkte hinweg abgezogen. Auf diese Weise werden zeitpunktspezifische Effekte, die alle Einheiten gleichermaßen betreffen,

sowie unterschiedliche Grundniveaus der Einheiten „herausgerechnet“. Während FE-Modelle als die im Zweifelsfall konsistentere Variante gelten, haben RI-Modelle den Vorteil, effizienter zu sein. Diesbezüglich bestehen keine Unterschiede zwischen dem bayesianischen und frequentistischen Fall. Die Modellgleichungen lauten wie folgt:

RI Basismodell

$$Y_{it} = \beta_0 + \beta_1 X_{it} + U_i + V_t + \varepsilon_{it}$$

RI Interaktionsmodell

$$Y_{it} = \beta_0 + X_{it}\beta_1 + A_{it}\beta_2 + X_{it}A_{it}\beta_3 + U_i + V_t + \varepsilon_{it}$$

FE Basismodell

$$Y_{it} - \bar{Y}_i - \bar{Y}_t = \beta_0 + \beta_1(X_{it} - \bar{X}_i - \bar{X}_t) + \varepsilon_{it}$$

FE Interaktionsmodell

$$Y_{it} - \bar{Y}_i - \bar{Y}_t = \beta_0 + \beta_1(A_{it} - \bar{A}_i - \bar{A}_t) + \beta_2(X_{it} - \bar{X}_i - \bar{X}_t)(A_{it} - \bar{A}_i - \bar{A}_t) + \varepsilon_{it}$$

RI Basismodell mit Kontrollvariablen

$$Y_{it} = \beta_0 + \beta_1 X_{it} + Z_{it}\beta_2 + U_i + V_t + \varepsilon_{it}$$

RI Interaktionsmodell mit Kontrollvariablen

$$Y_{it} = \beta_0 + X_{it}\beta_1 + A_{it}\beta_2 + X_{it}A_{it}\beta_3 + Z_{it}\beta_4 + U_i + V_t + \varepsilon_{it}$$

Hierbei entspricht:

- Y_{it} den Pro-Schüler-Ausgaben für eine Schulform im Bundesland i im Jahr t ,
- X_{it} der parteipolitischen Besetzung des Bildungsministeriums bzw. Ministerpräsidentenamts,
- A_{it} der Abiturquote,
- Z_{it} den Kontrollvariablen,
- U_i dem Random Intercept eines Bundeslandes, wobei gilt: $U_i \sim N(0, \sigma_u^2)$,
- V_t dem Random Intercept eines Jahres, wobei gilt: $V_t \sim N(0, \sigma_v^2)$, und
- ε_{it} dem Fehlerterm, wobei gilt: $\varepsilon_{it} \sim N(0, \sigma_\varepsilon^2)$.

5 Ergebnisse

In diesem Abschnitt wird zunächst kurz die deskriptive Entwicklung der Bildungsausgaben im Untersuchungszeitraum nachvollzogen. Anschließend werden die Analyseergebnisse präsentiert.

5.1 Deskriptives

Abb. 2 zeigt die Entwicklung der bundesweiten PSA für die untersuchten Schulformen, Abb. 3 die Entwicklung der Durchschnitts-PSA der Bundesländer. Gesamtschulen, Gymnasien, Hauptschulen (seit 2018 nicht mehr erfasst) und SMBG erhalten

Abb. 2 Bundesweite Entwicklung der schulformenspezifischen PSA. (Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Statistisches Bundesamt (2008–2023))

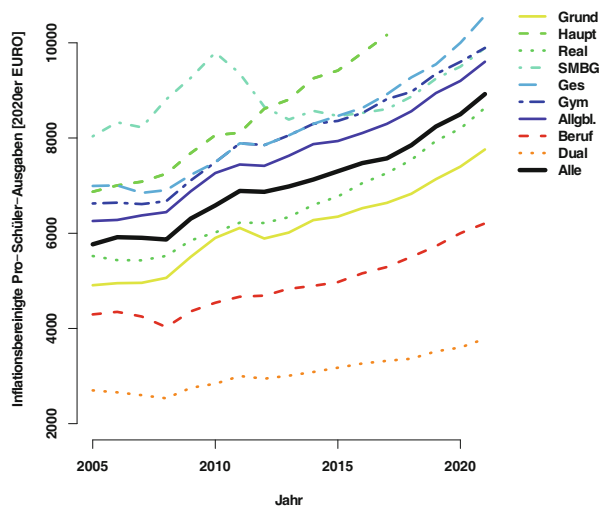
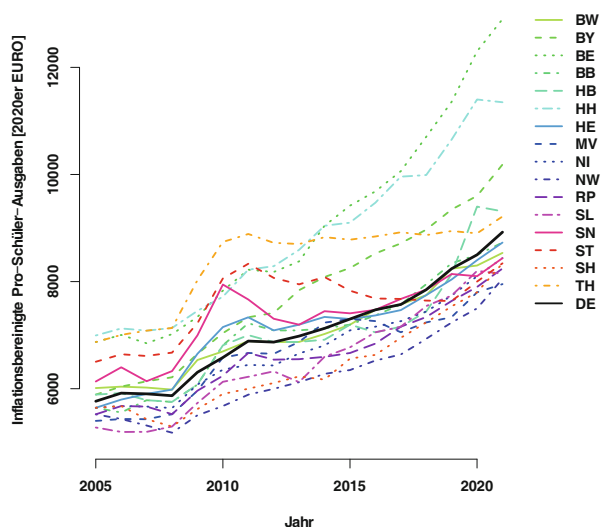


Abb. 3 Entwicklung der durchschnittlichen PSA im Bundesländervergleich. (Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Statistisches Bundesamt (2008–2023))



ten die höchsten, Berufs- und Grundschulen die geringsten PSA. Während die Ausgaben für alle Schulformen durchgehend angestiegen sind (durchschnittlich 2,6 % jährlich, insgesamt um ca. 3000 € bzw. 54 %), sind die Ausgaben für SMBG im Zeitraum 2010–2015 zurückgegangen. Den stärksten prozentualen Zuwachs hatten die Grundschulen (+54 %), den größten absoluten die Gesamtschulen (+3578 €) und den schwächsten die Berufsschulen im dualen System (+40 %, +1083 €) zu verzeichnen. Die Bundesländer mit den geringsten PSA sind Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland. Am meisten investieren die Stadtstaaten, Bayern und Thüringen. Im Fall von Thüringen ist auffällig, dass die Bildungsausgaben, nachdem sie zuvor stark erhöht wurden, seit 2010 stagnieren. Die Entwicklung der Ausgaben für die einzelnen Schulformen nach Bundesländern ist im Online-Anhang auf Abbildung A1 zu finden.

5.2 Analyseergebnisse

Aufgrund der großen Anzahl an Modellen (insgesamt 300) sind im Folgenden nur die zur Überprüfung der Hypothesen relevantesten Kennzahlen dargestellt. Die vollständigen Regressionstabellen befinden sich im Online-Anhang. Tab. 7 zeigt den Effekt in Euro in Abhängigkeit davon, welche Parteien das Bildungsministerium bzw. Ministerpräsidentenamt innehaben. Auf den ersten Blick fällt auf, dass Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel für alle Schulformen mehr Geld ausgeben als Parteien mit einer sozioökonomisch starken Klientel (die Referenzkategorie). Hierbei erweisen sich die meisten Regressionskoeffizienten als statistisch signifikant. Zwar geben auch ideologisch linke Parteien und Länder mit einem A-Land-Ministerpräsidenten i. d. R. mehr für schulische Bildung aus als rechte Parteien und B-Länder; allerdings sind die Effekte zumeist kleiner und seltener signifikant. Zudem fallen die Determinationskoeffizienten in fast allen Modellen geringer aus als in den Klientelmodellen. Einzig SMBG, Berufsschulen (ohne duale Berufsschulen) und – in deutlich geringerem Ausmaß – Gesamtschulen weichen teilweise von diesem Muster ab. Für diese drei Schulformen scheint im bivariaten Fall (nicht jedoch bei Einbezug der Kontrollvariablen) die Parteizugehörigkeit des Ministerpräsidenten als unabhängige Variable ausschlaggebend zu sein.

In Tab. 8 sind die Mehrausgaben (die Effekte aus Tab. 7) anteilmäßig an den Gesamtausgaben als Prozentwerte dargestellt ($100 \cdot \text{Mehrausgaben} / (\text{Konstante} + \text{Mehrausgaben})$). Aus der Tabelle geht hervor, dass Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel die Ausgaben für Grundschulen prozentual am stärksten steigern (6,6 % und 9,3 % jährlich). Auch in absoluter Hinsicht (Tab. 7) ist der Effekt für Grundschulen am stärksten; je nach Modell beträgt er zwischen 400 € und 450 €. Die PSA des Gymnasiums erhöhen Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel von allen allgemeinbildenden Schulen hingegen am geringsten (100–200 € bzw. 2,4–3,1 %). Mit Blick auf die untenstehenden Modelle, in denen die Besetzung des Bildungsministeriums nach einzelnen Parteien die unabhängige Variable ist, lässt sich Folgendes feststellen: Die SPD gibt für alle Schulformen mehr aus als die Unionsparteien. Auch die Freien Wähler investieren i. d. R. mehr als die Unionsparteien. Demgegenüber haben FDP, Grüne und Linke zumeist einen negativen, allerdings nur selten signifikanten Effekt. Ausgenommen sind im Fall der FDP

Tab. 7 Regressionskoeffizienten der Basismodelle (Mehrausgaben in Euro)

UV	Modell	Grund	Haupt	Real	SMBG	Ges	Gym	Allgbl	Beruf	Dual	Alle
Niedrig	RI	437***	241	312***	334*	333*	190**	290**	117*	98**	288***
	FE	414***	224	297***	356*	244	188*	268***	109	87*	272***
	RI+KV	451***	337***	230***	234	189	128	272***	50	66	254***
Gesell. links	RI	214**	37	-62	257	69	107	98	-1	9	111
	FE	190*	83	-75	240	-11	109	81	-7	1	100
	RI+KV	347***	374**	104	222	183	138*	213*	36	41	202*
Wirt. links	RI	277**	-3	-15	298	232	73	130	32	74	141
	FE	254**	58	-19	285	153	71	111	26	67	129
	RI+KV	347***	328**	174**	231	163	71	189***	47	89**	182***
A-Land	RI	276**	8	-78	-521*	404**	-7	85	-178**	-63	5
	FE	258**	34	-90	-631**	310*	-10	63	-189*	-74	-10
	RI+KV	232**	349**	118	-414	141	-86	31	-172**	-57	-42
Bildm. SPD	RI	434***	84	38	430**	274	163	262**	20	61	248***
	FE	416***	185	25	455***	176	163	246**	15	54	239***
	RI+KV	499***	321**	124	358*	227	152*	312***	22	66	283***
Bildm. FDP	RI	-146	177	-124	-407	-230	143	-68	-137	-213***	-73
	FE	-153	169	-140	-346	-268	159	-65	-137	-218***	-71
	RI+KV	11	341	-43	112	106	212	89	-36	-135	66
Bildm. Grüne	RI	-347*	-375	-451**	12	-91	-58	-235	-211	-154**	-254
	FE	-351*	-327	-443**	-97	-138	-36	-229	-202	-152*	-248
	RI+KV	-342**	589	-101	167	119	-72	-191	-14	-20	-172
Bildm. Linke	RI	-496*	-	-	-483	874	-341	-831***	507***	309***	-408*
	FE	-566**	-	-	-587*	-	-418	-912***	448**	267	-465**
	RI+KV	-177	-	-	-387	1559	-55	-375**	455**	267**	-180

Tab. 7 (Fortsetzung)

UV	Modell	Grund	Haupt	Real	SMBG	Ges	Gym	Allgbl	Beruf	Dual	Alle
Bildm.	RI	324	830	1270***	–	–	990***	818**	499**	–86	639***
FW	FE	264	–24	1197***	–	–	926***	769**	475**	–105	603***
	RI + KV	–241	670**	568***	–	–	141	68	73	–291*	21

Niedrig niedriger sozioökonomischer Status, *Gesell.* gesellschaftspolitisch, *Wirt.* wirtschaftspolitisch, *Bildm.* Bildungsministerium

UV unabhängige Variable, RI Random Intercept, FE Fixed Effects, KV Kontrollvariablen

*Pr($lb > 0$) $\geq 0,90$; **Pr($lb > 0$) $\geq 0,95$; ***Pr($lb > 0$) $\geq 0,99$

Tab. 8 Anteilsmäßige Mehrausgaben (basierend auf den Basismodellen)

UV	Modell	Grund	Haupt	Real	SMBG	Ges	Gym	Allgbl	Beruf	Dual	Alle
Niedrig	RI	6,6	2,7	4,6	3,8	3,9	2,4	3,6	2,3	3,0	3,9
	FE	9,3	3,4	5,8	4,1	3,4	3,1	4,3	2,9	2,8	4,7
Gesell. links	RI	3,3	0,4	-0,9	2,9	0,8	1,3	1,2	0,0	0,3	1,5
	FE	4,3	1,3	-1,5	2,7	-0,2	1,8	1,3	-0,2	0,0	1,7
Wirt. links	RI	4,2	0,0	-0,2	3,4	2,8	0,9	1,6	0,6	2,3	1,9
	FE	5,7	0,9	-0,4	3,2	2,1	1,2	1,8	0,7	2,2	2,2
A-Land	RI	4,2	0,1	-1,2	-6,1	4,7	-0,1	1,1	-3,7	-2,0	0,1
	FE	5,9	0,5	-1,7	-7,3	4,3	-0,2	1,0	-5,1	-2,4	-0,2
Bildm. SPD	RI	6,5	1,0	0,6	4,9	3,3	2,0	3,2	0,4	1,9	3,3
	FE	9,5	2,8	0,5	5,2	2,4	2,7	4,0	0,4	1,7	4,2
Bildm. FDP	RI	-2,4	2	-1,9	-5,1	-2,9	1,8	-0,9	-2,9	-7,1	-1,0
	FE	-4,0	2,6	-2,8	-4,4	-4,0	2,6	-1,1	-3,8	-7,7	-1,3
Bildm. Grüne	RI	-5,9	-4,5	-7,3	0,1	-1,1	-0,7	-3,1	-4,5	-5,0	-3,7
	FE	-9,7	-5,4	-9,5	-1,2	-2,0	-0,6	-4,0	-5,7	-5,2	-4,7
Bildm. Linke	RI	-8,6	-	-	-6,1	9,7	-4,5	-11,8	9,3	8,8	-6,0
	FE	-16,6	-	-	-7,7	-	-7,6	-18,1	10,7	8,0	-9,2
Bildm. FW	RI	4,9	8,7	16,0	-	-	11,0	9,4	9,2	-2,8	8,2
	FE	6,2	-0,4	19,0	-	-	13,5	11,5	11,3	-3,6	9,9

Niedrig niedriger sozioökonomischer Status, *Gesell.* gesellschaftspolitisch, *Wirt.* wirtschaftspolitisch, *Bildm.* Bildungsministerium

UV unabhängige Variable, RI Random Intercept, FE Fixed Effects, KV Kontrollvariablen

Die Werte berechnen sich folgendermaßen $100(\beta_1 / (\beta_0 + \beta_1))$, wobei β_0 der Intercept und β_1 der parteipolitische Effekt ist

Die Modelle mit Kontrollvariablen wurden nicht berücksichtigt, da in diesen β_0 nicht den Ausgaben entspricht, die die Parteien der Referenzkategorie tätigen würden

Hauptschulen und Gymnasien (positiv nicht signifikant) und im Fall der Linken die Ausgaben für Berufsschulen (positiv signifikant). Der negative Effekt der Grünen fällt am stärksten im Fall der Realschulen und am schwächsten im Fall der SMBG und Gymnasien aus.

Aus den Ergebnissen lassen sich insgesamt vier Schlussfolgerungen ziehen: Erstens wurde gezeigt, dass die Befunde Wolfs, wonach v.a. CDU/CSU und FDP die Bildungsausgaben erhöhen, nicht mehr der Wirklichkeit entsprechen oder dies aufgrund von Datenartefakten nie taten. Stattdessen deuten nahezu alle Modelle darauf hin, dass die SPD (zusammen mit den Freien Wählern) in Sachen schulischer Bildungsausgaben am investitionsfreudigsten ist. Zweitens konnte Evidenz dafür gefunden werden, dass die Parteiendifferenztheorie für die meisten Schulformen besser zur Erklärung des Ausgabeverhaltens der Parteien geeignet ist als ideologiebasierte Ansätze. Damit muss Hypothese 2 zugunsten von Hypothese 1 zurückgewiesen werden.

Hypothese 1 hat sich drittens jedoch nur in „relativer“ Hinsicht bestätigt: Zwar erhöhen Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel Ausgaben für das Gymnasium weniger stark als für andere allgemeinbildende Schulformen, geben jedoch auch für das Gymnasium absolut betrachtet mehr aus als Parteien mit einer sozioökonomisch starken Klientel. Dieser Befund hält auch, wenn man anstelle

der Aggregatwerte die einzelnen Parteien betrachtet. Lediglich die Linkspartei fällt scheinbar aus dem theoretischen Rahmen. Hierfür kann jedoch eine plausible Erklärung gefunden werden.¹⁰

Mit Ausnahme der SMBG, Berufsschulen im Aggregat und Gesamtschulen hat sich viertens die messtheoretische Annahme bestätigt, nach welcher die Besetzung des Bildungsministeriums besser als die Besetzung des Ministerpräsidentenposten zur Erklärung der Bildungsausgaben geeignet ist. SMBG und Gesamtschulen wurden als einzige Schulformen im Untersuchungszeitraum in mehreren Bundesländern neu etabliert. Anders als im Fall der jährlichen Festlegung der Bildungsausgaben ist zu erwarten, dass die größte Regierungspartei bei einer derart wesentlichen Änderung im Bildungssystem eine sehr viel aktivere Rolle übernimmt, als bloß ein passiver Vetospieler zu sein. Wird eine Schulform neu etabliert, fallen i. d. R. zunächst hohe Kosten an, was die bessere explanatorische Performanz der Ministerpräsidentenmodelle erklären kann. Eine plausible Erklärung dafür zu finden, weshalb A-Länder signifikant weniger für Berufsschulen, nicht jedoch für duale Berufsschulen ausgeben, bleibt zukünftiger Forschung überlassen.

In Tab. 9 sind die Interaktionseffekte zwischen Parteien und Abiturquote abgebildet. Die absolute Höhe der Mehr- oder Minderausgaben bei einer hohen Abiturquote (40 %) ist in Tab. 10 zu finden. Es zeigt sich, dass der Interaktionseffekt zwischen Parteien mit einer GAL-Ideologie und die Abiturquote für Haupt- und Realschulen negativ ist, während er für SMBG und Gesamtschulen positiv ausfällt. Neben der SPD scheinen v. a. die Grünen einen negativen Effekt zu haben, während dies im Fall der FDP nur für die Realschulen gilt.¹¹ Damit hat sich Hypothese 4 in „relativer“ Hinsicht bestätigt. Dies gilt jedoch nicht in „absoluter“ Hinsicht, weil sich im Modell mit Kontrollvariablen bei einer hohen Abiturquote ein leicht positiver Gesamteffekt der GAL-Parteien für Haupt- und Realschulen zeigt.

Sieht man von Haupt- und Realschulen ab (und damit den Schulformen, für welche Hypothese 3 und 4 unterschiedliche Vorhersagen machen), lassen sich auch einige der Ergebnisse zugunsten von Hypothese 3 deuten. So übertreffen die Interaktionseffekte zwischen Parteien mit sozioökonomisch schwacher Klientel und der Abiturquote in ihrer Höhe deutlich die Interaktionseffekte der meisten anderen Modelle. Besonders stark sind die Interaktionseffekte im Fall der Grundschulen und Gesamtschulen ausgeprägt. Auch die durchschnittlichen Bildungsausgaben lassen sich gut anhand der Interaktion zwischen sozioökonomischem Status der Parteiklientel und der Höhe der Abiturquote erklären. Die Bildungsausgaben für das Gymnasium scheinen hingegen vom Zusammenspiel zwischen Parteipolitik und Offenheit des Schulsystems nicht weiter betroffen zu sein; in fast allen Modellen sind die Interaktionseffekte nahe null. Eine naheliegende Erklärung wäre, dass das Gymnasium am wenigsten von der „Abiturisierung“ betroffen ist, weil es ohnehin darauf ausgerich-

¹⁰ Die Linke hat bisher lediglich in Thüringen den Bildungsminister gestellt. Thüringens überdurchschnittlich hohe Bildungsausgaben stagnieren jedoch bereits seit 2010, lange vor Amtsantritt der Regierung Ramelow. Dies deutet darauf hin, dass kein Bedarf oder finanzieller Spielraum mehr bestand, die Ausgaben noch weiter zu erhöhen. Zudem amtierte in Thüringen seit 2019 eine Minderheitsregierung, was den haushaltspolitischen Spielraum nochmals eingeschränkt haben dürfte.

¹¹ Für die Linkspartei kann kein Effekt bestimmt werden, da sie nur in Thüringen das Bildungsministerium innehatte und es dort diese Schulformen nicht gibt.

Tab. 9 Interaktionseffekt der Interaktionsmodelle (Interaktion zw. Partei und Abiturquote)

UV	Modell	Grund	Haupt	Real	SMBG	Ges	Gym	Allgbl	Beruf	Dual	Alle
Niedrig	RI	57***	-17	-74*	81*	88***	-9	28**	12	7	31***
	FE	59***	-24	-99**	79	93***	-8	29**	15	9	32***
	RI+KV	50***	-28	-68**	55	46***	-9	24***	1	-1	24***
Gesell. links	RI	39**	-116***	-70***	86**	61**	-4	19	6	-4	20
	FE	43***	-100***	-69***	89**	71***	-3	22	10	0	23*
	RI+KV	36***	-14	-9	57	15	-5	16	12	2	20**
Wirt. links	RI	40***	-107***	-48***	86**	71***	-9	17	10	3	20*
	FE	42***	-89***	-47**	88**	76***	-8	19	12	5	21*
	RI+KV	34***	-2	-16	57	31*	-9	15	9	3	17*
A-Land	RI	41***	-91***	-39**	42	95***	5	22*	10	1	28***
	FE	43***	-71**	-37*	34	102***	5	24*	13	3	30***
	RI+KV	41***	6	-5	45	60***	4	27***	2	-4	26***
Bildm. SPD	RI	57***	-111	-62	110***	69***	2	35**	8	-2	34***
	FE	61***	-121	-92*	97**	65***	4	39**	13	2	37***
	RI+KV	42***	-52	-77**	87**	22	-7	20*	8	0	23**
Bildm. FDP	RI	-7	642	-17	-	-58	20	15	-10	-14	2
	FE	0	423	-23	-	-57	22	22	-4	-8	7
	RI+KV	-36	360	43*	-	-81**	-7	-28	23	11	-8
Bildm. Grüne	RI	-4	-223**	-57	87	-68	6	-8	10	0	-5
	FE	1	-183*	-53	148	-73*	10	-3	12	4	-2
	RI+KV	8	-36	-14	-95	-58	16	-2	53**	29*	17
Bildm. Linke	RI	223*	-	-	327**	463***	1	226*	154*	118*	232**
	FE	250**	-	-	-	-	18	249**	170*	132**	247**
	RI+KV	160*	-	-	299**	334***	-80	130	147*	111	168**
Bildm. FW	RI	90	-1149*	32	-	-	12	69	92	82	104
	FE	113	-	49	-	-	22	93	111	98	117
	RI+KV	116	67	91	-	-	62	97	133	107	140

Niedrig niedriger sozioökonomischer Status, *Gesell.* gesellschaftspolitisch, *Wirt.* wirtschaftspolitisch, *Bildm.* Bildungsministerium

UV unabhängige Variable, RI Random Intercept, FE Fixed Effects, KV Kontrollvariablen

*Pr(|b|>0) ≥ 0,90; **Pr(|b|>0) ≥ 0,95; ***Pr(|b|>0) ≥ 0,99

tet ist, alle seine Schüler/innen zum höchsten Schulabschluss hinzuführen, und sich daher sein Finanzbedarf je Schüler/in nicht ändert. Allerdings kann auf diese Weise nicht erklärt werden, weshalb sich für Gesamtschulen, die auch schon immer einen Teil ihrer Schüler/innen zum Abitur hingeführt haben, sowie Grundschulen, die gar keinen Schulabschluss vergeben, anderes beobachten lässt. Plausibler erscheint daher, dass von allen Schulformen die Existenz und Finanzierungsnotwendigkeit des Gymnasiums zwischen den Parteien am unstrittigsten sind. So zeigen verschiedene gescheiterte Reformvorhaben, dass Versuche einer Einschränkung oder gar Abschaffung des Gymnasiums aufgrund seiner starken Anhängerschaft und Lobby massive Widerstände hervorrufen. Beispielsweise seien die per Volksentscheid gestoppten Projekte einer kooperativen Gesamtschule mit zweijähriger Orientierungsstufe in

Tab. 10 Gesamteffekt bei 40 % Abiturquote (basierend auf den Interaktionsmodellen)

UV	Modell	Grund	Haupt	Real	SMBG	Ges	Gym	Allgbl	Beruf	Dual	Alle
Niedrig	RI	924	128	-532	1157	759	46	513	238	173	557
	FE	955	-72	-854	1237	766	75	527	275	179	557
	RI+KV	881	28	-571	882	456	-14	449	55	36	462
Gesell. links	RI	521	-1027	-778	1171	444	30	230	68	-47	256
	FE	578	-809	-736	1293	526	36	251	94	-7	297
	RI+KV	672	229	21	912	253	73	355	150	68	365
Wirt. links	RI	583	-1054	-488	1219	656	-56	227	141	95	301
	FE	627	-816	-440	1318	658	-21	265	138	101	303
	RI+KV	633	332	16	924	339	-39	302	141	111	336
A-Land	RI	417	-927	-438	-146	671	-47	126	-99	-58	126
	FE	459	-688	-406	-183	670	-39	156	-72	-57	156
	RI+KV	484	420	81	-15	391	-76	208	-143	-109	146
Bildm. SPD	RI	922	-1150	-684	1720	674	106	550	94	48	549
	FE	977	-1165	-1022	1596	565	157	597	166	88	598
	RI+KV	867	-299	-875	1422	357	47	466	124	73	479
Bildm. FDP	RI	-116	7367	-311	-	-505	263	87	-186	-324	-16
	FE	-38	5089	-306	-	-501	313	161	-124	-278	43
	RI+KV	-155	4326	279	-	-484	160	-63	170	-23	80
Bildm. Grü- ne	RI	-93	-1372	-683	1277	-72	-16	-89	-116	-190	-97
	FE	-38	-1017	-638	1892	-157	66	-16	-106	-131	-51
	RI+KV	-103	416	100	-757	-189	56	-100	340	184	75
Bildm. Lin- ke	RI	1246	-	-	2074	4125	-196	863	1505	1065	1270
	FE	1357	-	-	-	-	-169	925	1534	1101	1306
	RI+KV	1096	-	-	1821	4085	-530	614	1377	969	1044
Bildm. FW	RI	1576	-12596	1579	-	-	1201	1773	1611	882	1994
	FE	1766	-	1689	-	-	1236	1977	1818	1083	2082
	RI+KV	1217	1452	1854	-	-	931	1285	1690	993	1745

Niedrig niedriger sozioökonomischer Status, *Gesell.* gesellschaftspolitisch, *Wirt.* wirtschaftspolitisch, *Bildm.* Bildungsministerium

UV unabhängige Variable, RI Random Intercept, FE Fixed Effects, KV Kontrollvariablen

Die Werte berechnen sich folgendermaßen: $\beta_1 + 40\beta_2 + 40\beta_3$, wobei β_1 der Effekt der parteipolitischen Besetzung des Bildungsministeriums, β_2 Effekt der Abiturquote und β_3 der Interaktionseffekt zwischen Abiturquote und parteipolitischer Besetzung des Bildungsministeriums ist

Nordrhein-Westfalen 1978 oder die Einführung einer sechsjährigen Grundschule in Hamburg 2010 genannt.

Während für Hypothese 3 zumindest teilweise „relative“ Evidenz gefunden werden konnte, gilt dies nicht in „absoluter“ Hinsicht: Die absoluten Ausgaben von Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel zugunsten von SMBG bei einer hohen Abiturquote sind deutlich höher als für Gesamtschulen. Auch die Rangfolge der Effektstärke zwischen Gymnasium, Haupt- und Realschule stimmt nicht mit der postulierten Reihenfolge überein. Tab. 11 bietet einen finalen Überblick darüber, welche Hypothesen bestätigt und welche widerlegt wurden.

Tab. 11 Überblick über die Ergebnisse der Hypothesentests

	Form der Überprüfung	
	Relativ	Absolut
H1: Klientelinteressen	Bestätigt	Widerlegt
H2: Ideologie	Widerlegt	Widerlegt
H3: Klientelinteressen * Abiquote	Widerlegt, aber Teilevidenz	Widerlegt
H4: Ideologie * Abiquote	Bestätigt	Widerlegt

6 Diskussion und Forschungsausblick

In diesem Artikel wurde die bisher kaum bearbeitete Forschungsfrage untersucht, inwieweit die deutschen Parteien unterschiedlich stark in verschiedene Schulformen investieren. Es konnte gezeigt werden, dass Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel einen positiven Effekt auf die Ausgaben für alle Schulformen haben. Damit wurden einerseits Wolfs (2007) Befunde, denen zufolge v. a. CDU und FDP in schulische Bildung investieren, falsifiziert. Andererseits konnte belegt werden, dass klientelbedingte Interessen im Sinne der Parteiendifferenztheorie nach wie vor einen wichtigen Beitrag zur Erklärung bildungspolitischer Outcomes leisten können. Hierbei zeigte sich, dass Deutschland in Sachen Bildungsfinanzierung keine Ausnahme ist, sondern auch hierzulande sozialdemokratische Regierungen die Bildungsausgaben stärker erhöhen als rechte Regierungen. Mit Blick auf die relative Erhöhung der schulartenspezifischen PSA konnte Evidenz dafür gefunden werden, dass Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Klientel die Ausgaben für weiterführende Schulformen, die überwiegend von ihrer eigenen Klientel frequentiert werden, sowie für Grundschulen stärker steigern als für das Gymnasium. Beides deutet daraufhin, dass die Parteiendifferenztheorie die Ausgabenpräferenzen der Parteien besser erklärt als ideologische Faktoren. Allerdings spielen die ideologischen Faktoren in einem anderen Zusammenhang eine bedeutende Rolle. So fand die Hypothese, dass Parteien mit einer GAL-Ideologie eher dazu bereit sind, Haupt- und Realschulen bei steigender Offenheit des Schulsystems zugunsten von SMBG oder Gesamtschulen auslaufen zu lassen, empirische Unterstützung. Gymnasien scheinen nicht von der Interaktion zwischen Parteipolitik und Abiturquote betroffen zu sein. Die durchschnittlichen Bildungsausgaben und Ausgaben für Grundschulen werden wiederum am besten von der Parteiendifferenztheorie erklärt: Wie theoretisch erwartet, erhöhen Parteien mit einer sozioökonomisch schwachen Wählerschaft die Bildungsausgaben bei steigender Abiturquote am stärksten.

Ein möglicher Kritikpunkt am Forschungsdesign besteht darin, dass die Zweiteilung der Parteien gemäß dem sozioökonomischen Status ihrer Klientel nur zufällig eine bessere explanatorische Performanz aufweist als andere Modelle. Hiergegen sprechen jedoch die Ergebnisse der Modelle für die einzelnen Parteien. Mit Ausnahme der Linkspartei investieren alle Parteien so, wie man es entsprechend der Parteiendifferenztheorie erwarten würde. Insbesondere der stark negative Effekt der Grünen auf die Ausgaben für nichtgymnasiale Schulformen scheint bemerkenswert; intuitiv hätte man eher ein Ausgabeverhalten ähnlich demjenigen der SPD erwartet. Eventuell deutet dies darauf hin, dass neben der bewussten Entscheidung, seine ei-

gene Klientel zu bevorzugen, auch noch andere Mechanismen eine Rolle spielen. Denkbar wäre z. B., dass für Schulformen, welche überwiegend vom eigenen Milieu besucht werden, die Aufmerksamkeit höher ist und daher unbewusst mehr Projekte mit finanziellen Implikationen zugunsten dieser Schulformen angestoßen werden. Künftige Forschung könnte überprüfen, ob ein solcher Mechanismus tatsächlich existiert.

Ein weiterer möglicher Einwand gegen die Ergebnisse könnte sein, dass in Ländern, in denen der Ministerpräsident, die Bildungsministerin und die Finanzministerin der gleichen Partei angehören, die Erhöhung der Bildungsausgaben leichter fallen sollte. So lässt sich annehmen, dass Angehörige der eigenen Partei eher gewillt sind, Ausgabewünsche ihrer Parteikollegen als diejenige des Koalitionspartners zu akzeptieren. Auch dies könnte von zukünftiger Forschung untersucht werden. Allerdings wird in der Literatur in die gegenteilige Richtung argumentiert. So gilt die Erhöhung der Bildungsausgaben als eine Maßnahme, auf die sich im Zweifelsfall alle verständigen können (Busemeyer 2009). Ein letzter potenzieller Kritikpunkt ist, dass die Abiturquote kein exogener Faktor ist, sondern auch durch Parteipolitik mitbestimmt wird. Im Gegensatz zu den Bildungsausgaben, die sich relativ kurzfristig verändern lassen, ist zur Steigerung der Abiturquote jedoch ein signifikant längerer Zeithorizont erforderlich. Daher ist nicht davon auszugehen, dass ein Bildungsminister die Abiturquote innerhalb seiner Amtszeit bedeutend verändern kann.

Es wäre wünschenswert, wenn künftig erforscht würde, ob sich auch auf Ebene der Kommunen, welche ebenfalls an der Schulfinanzierung beteiligt sind, parteipolitische Effekte feststellen lassen. Genauso erstrebenswert scheint die weitere theoretische „Unterfütterung“ des Mechanismus, wie genau die parteipolitische Besetzung des Bildungsministeriums die Bildungsausgaben beeinflusst. Zudem sollten Berufsschulen noch einmal stärker in den Blick genommen werden. Zwar konnten signifikante parteipolitische Einflüsse festgestellt werden, jedoch erwies sich keine der für sie aufgestellten Hypothesen als gültig. Eine weitere lohnenswerte Forschungsperspektive besteht darin, über den deutschen Fall hinaus auch die parteipolitischen Effekte auf die Finanzierung unterschiedlicher Schulformen in anderen Staaten zu untersuchen. Hierfür würde sich beispielsweise die Schweiz anbieten, da auch dort ein mehrgliedriges Schulsystem und bildungspolitische Autonomie der Gliedstaaten besteht. Ebenso könnte eine international vergleichende Studie unitarischer Staaten mit einem mehrgliedrigen Schulsystem durchgeführt werden. Alles in allem bieten sich für künftige Forschung noch umfangreiche Möglichkeiten, sich weitergehend mit den Determinanten der schulformspezifischen Bildungsausgaben zu befassen.

Zusatzmaterial online Zusätzliche Informationen sind in der Online-Version dieses Artikels (<https://doi.org/10.1007/s11615-024-00582-7>) enthalten.

Danksagung Ich möchte mich für die vielen hilfreichen Rückmeldungen der beiden anonymen Gutachter/innen, des Doktorandenkolloquiums des Instituts für Politikwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover sowie von Dominic Nyhuis bedanken.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ord-

nungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Ansell, Ben. 2010. *From the ballot to the blackboard: the redistributive political economy of education*. Cambridge University Press.
- Becker, Rolf. 2011. Entstehung und Reproduktion dauerhafter Bildungsungleichheiten. In *Lehrbuch der Bildungssoziologie*, Hrsg. Rolf Becker, 87–138. Wiesbaden: VS.
- Bell, Andrew, und Kelyvn Jones. 2015. Explaining fixed effects: random effects modeling of time-series cross-sectional and panel data. *Political Science Research and Methods* 3(1):133–153.
- Beramendi, Pablo, Silja Häusermann, Herbert Kitschelt, und Hanspeter Kriesi. 2015. *The politics of advanced capitalism*. Cambridge University Press.
- Boix, Carles. 1998. *Political parties, growth and equality: conservative and social democratic economic strategies in the world economy*. Cambridge University Press.
- Brenke, Karl, und Alexander Kritikos. 2017. Wählerstruktur im Wandel. *DIW Wochenbericht* 84(29):595–606.
- Bürkner, Paul-Christian. 2017. Brms: an R package for Bayesian multilevel models using stan. *Journal of Statistical Software* 80:1–28.
- Busemeyer, Marius. 2006. Der Kampf um knappe Mittel: Die Bestimmungsfaktoren der öffentlichen, privaten und sektoralen Bildungsausgaben im OECD-Länder-Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 47(3):393–418.
- Busemeyer, Marius. 2007. Determinants of public education spending in 21 OECD democracies, 1980–2001. *Journal of European Public Policy* 14(4):582–610.
- Busemeyer, Marius. 2009. Social democrats and the new partisan politics of public investment in education. *Journal of European Public Policy* 16(1):107–126.
- Cameron, David, und Richard Hofferbert. 1974. The impact of federalism on education finance: a comparative analysis“. *European Journal of Political Research* 2(3):225–258.
- Castles, Francis. 1989. Explaining public education expenditure in OECD nations. *European Journal of Political Research* 17(4):431–448.
- Castles, Francis. 1998. *Comparative public policy: patterns of post-war transformation*. Northampton: Edward Elgar.
- Egert, Franziska, Ruben Fukkink, und Andrea Eckhardt. 2018. Impact of in-service professional development programs for early childhood teachers on quality ratings and child outcomes: a meta-analysis. *Review of Educational Research* 88(3):401–433.
- EKD. 2024. Kirchenmitgliederzahlen. Evangelische Kirche in Deutschland. <https://www.ekd.de/kirchenmitgliederzahlen-downloads-44413.htm>. Zugegriffen: 29. Mai 2024.
- Esser, Hartmut, und Julian Seuring. 2020. Kognitive Homogenisierung, Schulische Leistungen Und Soziale Bildungsungleichheit. *Zeitschrift für Soziologie* 49(5–6):277–301.
- Evans, Geoffrey, und James Tilley. 2012. How parties shape class politics: explaining the decline of the class basis of party support. *British Journal of Political Science* 42(1):137–161.
- Forschungsgruppe Wahlen. 2021. Kurzanalyse – Bundestagswahl 2021. Mannheim. https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsI_Bund210927.pdf. Zugegriffen: 27. Mai 2024.
- Forschungsgruppe Wahlen. 2023. Kurzanalyse – Landtagswahl in Bayern 2023. Mannheim. <https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/Baye231009.pdf>. Zugegriffen: 27. Mai 2024.
- Garritzmann, Julian L., und Kilian Seng. 2016. Party politics and education spending: challenging some common wisdom. *Journal of European Public Policy* 23(4):510–530.

- Gill, Jeff, und Richard Trauttmüller. 2020. Bayesianische Inferenz als Alternative zur klassischen Statistik. In *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*, Hrsg. Claudius Wagemann, Achim Goerres, und Markus B. Siewert, 671–697. Wiesbaden: Springer.
- Gingrich, Jane, und Silja Häusermann. 2015. The decline of the working-class vote, the reconfiguration of the welfare support coalition and consequences for the welfare state. *Journal of European Social Policy* 25(1):50–75.
- Häusermann, Silja. 2006. Changing coalitions in social policy reforms: the politics of new social needs and demands. *Journal of European Social Policy* 16(1):5–21.
- Heckman, James. 2008. Schools, skills and synapses. *Economic Inquiry* 46(3):289–324.
- Heikkinen, Anja. 2004. Berufsbildungsmodelle, Berufsbildungsparadigmen oder Berufsbildungskulturen. *Europäische Zeitschrift Berufsbildung* 32(2):35–49.
- Helbig, Marcel, und Rita Nikolai. 2015. *Die Unvergleichbaren: Der Wandel der Schulsysteme in den deutschen Bundesländern seit 1949*. Julius Klinkhardt.
- Hibbs, Douglas A. 1977. Political parties and macroeconomic policy. *American Political Science Review* 71(4):1467–1487.
- Hill, Andrew, und Daniel Jones. 2017. Does partisan affiliation impact the distribution of spending? Evidence from state governments' expenditures on education. *Journal of Economic Behavior & Organization* 143:58–77.
- Hilmer, Richard, und Rita Müller-Hilmer. 2006. Die Bundestagswahl vom 18. September 2005: Votum für Wechsel in Kontinuität. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37(1):183–218.
- Jensen, Carsten. 2011. Capitalist systems, deindustrialization, and the politics of public education. *Comparative Political Studies* 44(4):412–435.
- Jolly, Seth, et al., 2022. Chapel hill expert survey trend file, 1999–2019. *Electoral Studies* 75:102420.
- Katz, Richard S., und Peter Mair. 1995. Changing models of party organization and party democracy: the emergence of the cartel party. *Party Politics* 1(1):5–28.
- Katz, Richard S., und Peter Mair. 1996. Cadre, catch-all or cartel?: a rejoinder. *Party Politics* 2(4):525–534.
- Kempkes, Gerhard. 2009. *Public education spending in the German länder: adjustment to demographic shocks, politics, and cost efficiency*. Technische Universität Dresden.
- Marks, Gary, Liesbet Hooghe, Moira Nelson, und Erica Edwards. 2006. Party competition and European integration in the east and west: different structure, same causality. *Comparative Political Studies* 39(2):155–175.
- Nikolai, Rita. 2006. *Die Bildungsausgaben der Schweiz im intranationalen und internationalen Vergleich*. Heidelberg: Ruprecht-Karls-Universität.
- Nikolai, Rita, und Kerstin Rothe. 2014. Konvergenz in der Schulstruktur? Programmatik von CDU und SPD im Vergleich. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23(4):545–572.
- Oesch, Daniel. 2013. *Occupational change in Europe: how technology and education transform the job structure*. Oxford University Press.
- Olafson, Christian, und Daniel Thunqvist. 2018. “. In *Vocational education in the Nordic countries*, hrsg. In *The modern evolution of VET in Sweden (1945–2015)*, Hrsg. Svein Michelsen, Marja-Leena Stenström, 124–145. Routledge.
- Pappi Urban, Franz, Ralf Schmitt, und Eric Linhart. 2008. Die Ministeriumsverteilung in den deutschen Landesregierungen seit dem Zweiten Weltkrieg. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39(2):323–342.
- Potrafke, Niklas. 2010. The growth of public health expenditures in OECD countries: do government ideology and electoral motives matter? *Journal of Health Economics* 29(6):797–810.
- Potrafke, Niklas. 2017. „Partisan politics: The empirical evidence from OECD panel studies“. *Journal of Comparative Economics* 45(4):712–750.
- Sabatier, Paul A. 1987. Knowledge, policy-oriented learning, and policy change: an advocacy coalition framework. *Knowledge* 8(4):649–692.
- Schlicht, Raphaela. 2011. *Determinanten der Bildungsungleichheit*. Wiesbaden: VS.
- Schmidt, Manfred. 1996. When parties matter: a review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy. *European Journal of Political Research* 30(2):155–183.
- Schmidt, Manfred. 2002. Warum Mittelmaß? Deutschlands Bildungsausgaben im internationalen Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 43(1):3–19.
- Schmidt, Manfred. 2004. Die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben Deutschlands im internationalen Vergleich. 2(1):7–31.
- Schmidt, Manfred. 2008. Lehren aus dem internationalen Vergleich der Bildungsfinanzierung. *der moderne staat* 1(2):255–266.
- Schmidt, Manfred, et al. 2006. *Bildungsausgaben im inter- und intranationalen Vergleich. Bestimmungsfaktoren öffentlicher Bildungsausgaben in OECD-Staaten*. Heidelberg.

- SÄdBudL (Statistische Ämter des Bundes und der Länder). 2024. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2023. <https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/bruttoinlandsprodukt-bruttowertschoepfung/bip#9535>. Zugegriffen: 19. Okt. 2024.
- Statistisches Bundesamt. 2008–2023. Bildungsfinanzbericht. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DESerie_mods_00000812. Zugegriffen: 6. Mai 2024.
- Tepe, Markus, und Pieter Vanhuysse. 2009. Educational business cycles. *Public Choice* 139(1):61–82.
- Tsebelis, George. 1995. Decision making in political systems: veto players in presidentialism, parliamentarism, multicameralism and multipartyism. *British Journal of Political Science* 25(3):289–325.
- Verner, Joel. 1979. Socioeconomic environment, political system, and educational policy outcomes: a comparative analysis of 102 countries. *Comparative Politics* 11(2):165–187.
- Wenzelburger, Georg, und Reimut Zohlnhöfer. 2021. Bringing agency back into the study of partisan politics: a note on recent developments in the literature on party politics. *Party Politics* 27(5):1055–1065.
- Wilensky, Harold. 1974. *The welfare state and equality: structural and ideological roots of public expenditures*. University of California Press.
- Woessmann, Ludger. 2010. Institutional determinants of school efficiency and equity: German states as a microcosm for OECD countries. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 230(2):234–270.
- Wolf, Frieder. 2005. Die Bildungsausgaben der Bundesländer im Vergleich. *GWP* 54(4):9–10.
- Wolf, Frieder. 2007. Die Bildungsausgaben der Bundesländer: Bestimmungsfaktoren und sozialpolitische Relevanz. *Zeitschrift für Sozialreform* 53(1):31–56.
- Wolf, Frieder. 2008. *Bildungsfinanzierung in Deutschland*. Wiesbaden: VS.
- Zohlnhöfer, Reimut. 2007. Öffentliche Bildungsausgaben im inter- und intranationalen Vergleich: Machen Parteien einen Unterschied? In *Der Wohlfahrtsstaat: Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*, Hrsg. Manfred Schmidt, Tobias Ostheim, Nico Siegel, und Reimut Zohlnhöfer, 372–388. Wiesbaden: VS.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.